

Deutsche Bauzeitung

Wochenschrift für nationale Baugestaltung · Bautechnik
Raumordnung und Städtebau · Bauwirtschaft · Baurecht

Berlin SW19
9. Okt. 1935
DBZ Heft 41

Kraftwirtschaft, Siedlung und Industrieverlagerung

Dipl.-Ing. I. A. Bader
Haus der Reichsplanung

Der beauftragte Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht hat vor wenigen Tagen ein Kraftwirtschaftsgesetz (Energiewirtschaftsgesetz) angekündigt. Dieses Gesetz, erklärte er, werde von zwei Grundgedanken beherrscht sein; der eine sei die möglichste Billigkeit, der andere die möglichste Sicherheit der Versorgung mit elektrischem Strom. Es handle sich sozusagen um die Wehrhaftmachung der deutschen Kraftversorgung. Das Versorgungsnetz Deutschlands müsse so ausgestaltet werden, daß auch bei größeren Ausfällen einzelner Kraftquellen die wirtschaftliche Erzeugung ohne wesentliche Störungen durchgeführt werden kann. Der andere Grundgedanke, die Billigkeit, solle vor allem die Landwirtschaft in ihrem Kampfe um die Ernährung des deutschen Volkes unterstützen und der Industrie den Wettbewerb auf dem Auslandsmarkt erleichtern.

Wir geben hier einem Fachmann das Wort zur Erörterung der wichtigen Fragen, die mit dem kommenden Kraftgesetz zusammenhängen.

Die Schriftleitung

Unsere Elektrizitätswirtschaft ist im Bereich der Industriezweige als letzte und jüngste technische Aufbauleistung anzusprechen. Vor rund 50 Jahren wurde das erste Eltwerk (Elektrizitätswerk) errichtet und die erste elektrische Eisenbahn gebaut. Es ist daher selbstverständlich, daß die Eltwirtschaft am ausgeprägtesten die Ordnungsformen und Entwicklungsmerkmale zum Ausdruck bringt, welche die beschleunigte Industrialisierung dieses Zeitraumes umfaßt. Die Anlage des Versorgungsnetzes und der Aufbau der Werke entsprechen am stärksten der Standortballung der Industrie und der Großstadtbildung, und an das zu erwartende Gesetz knüpft sich die Hoffnung, daß es in Zukunft eine Ordnung der Eltversorgung ermöglicht, welche der wünschenswerten Auflockerung der Industrieballung und der Großstädte förderlich ist. Die Förderung der Auflockerung muß bei der Neuerrichtung von Eltwerken und beim Netzbau, ebenso in der Tarifbildung zum Ausdruck kommen.

Wir haben in Deutschland insgesamt 814 Eltwerke, von denen 612 öffentlich, 71 gemischt-wirtschaftlich und 131 privat die Stromversorgung bewerkstelligen. Das Verhältnis zwischen öffentlicher und privater Versorgung zeigt, daß den Eigentumsverhältnissen nach drei Viertel der Versorgung durch öffentliche Werke und ein Viertel durch gemischtwirtschaftliche und private Werke durchgeführt werden. In der Versorgung entfallen am Umsatz gemessen zwei Drittel auf die öffentlichen Werke und ein Drittel auf die privaten Werke. Der seit mehreren Jahren geführte Kampf um die Besitzverhältnisse an den Werken, der in der Richtung einer Verprivatung der öffentlichen Werke geführt wurde, ist für die Versorgung an sich gleichgültig, wenn im Kraftgesetz die Forderungen berücksichtigt werden, welche die Gemeinschaft an die Versorgungsanlagen zu stellen hat. Die Ansprüche der Gemeinschaft an die Versorgung lassen sich in zwei wirtschaftlichen Forderungen zusammenfassen:

1. Billigkeit des Anschlusses und
2. tragbare Stromtarife. Hinzu kommt
3. die völkische Forderung nach Sicherheit der Versorgung.

Bei der Beurteilung der Anschlußkosten ist vorher die Frage zu beantworten, ob der Bau von Großkraftwerken in Zukunft noch wirtschaftlich sein kann, wenn man berücksichtigt, daß die Strombeförderungskosten mit der Länge der Übertragungsleitung steigen. Die wirtschaftliche Übertragungslänge beträgt bei Steinkohlenstrom im Durchschnitt 125 km, bei Braunkohlenstrom etwa 175 km. Auf der anderen Seite sind die Herstellkosten des Stromes in Großkraftwerken bisher immer billiger errechnet worden als in kleinen Werken. Im Sinne einer Auflockerung der Städte und der Industrieballungen wird es in Zukunft also zweckmäßiger sein, zum Bau kleinerer Werke zurückzukehren. Da die Beförderung der Kohle im Rahmen eines entsprechend ausgebauten Verkehrsnetzes und einer organischen Tarifgestaltung die Kosten der Stromherstellung auch in kleineren Werken senken wird, entfallen die Vorteile, die bisher zum Bau von Großkraftwerken geführt haben. Es wird also möglich sein, ein vernünftiges Verhältnis zwischen Herstellkosten des Stromes und Kosten des Anschlusses herzustellen.

Daß hier die entscheidenden Möglichkeiten für eine Steigerung des Stromabsatzes liegen, sei an einigen Zahlen erläutert. Bisher verwenden 582 000 Betriebe in Industrie, Handwerk und Kleingewerbe elektrische Kraft, während 1 316 000 Betriebe noch ohne Kraftmaschinenverwendung arbeiten. In der Landwirtschaft haben 1 170 000 Betriebe elektrische Triebwerke bei insgesamt 3 976 000 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben. Von 17,5 Millionen Haushaltungen im Reich sind erst 14,8 Millionen an das Versorgungsnetz angeschlossen. Diese Zahlen zeigen insbesondere bei der Landwirtschaft und bei den Haushaltungen, daß die Anschlußnetze ähnlich wie das deutsche Verkehrsnetz die wirtschaftsarmen Landschaften vernachlässigen, während bei der Stromverwendung in Industrie, Handwerk und Kleingewerbe die Tarifbildung das Haupthindernis der Stromverwendung darstellt. Diese Zahlen beweisen, daß die vielfach vertretene Auffassung einer umfassenden und ausgeglichenen Stromverteilung über das Reich irrig ist. Wir sind durchaus noch nicht so weit, die zukünftigen Aufgaben etwa nur in der „dritten Ausdehnung“, also der Verbilligung der Herstellkosten, Schaffung wirtschaftlicher elektrischer Verbrauchgeräte usw. liegen, daß vielmehr, rein flächenmäßig betrachtet, noch viel Arbeit zu

leisten ist, ehe von einer ausgeglichenen Stromversorgung die Rede sein kann.

Nun liegen die Schwierigkeiten einer Neuordnung der Eltwirtschaft viel weniger auf dem Gebiet der technischen Leistung als auf dem des geldlichen Gefüges. In den Jahren 1924 bis 1931 sind die Fremdmittel der gesamten Eltwerke um rund das $6\frac{1}{2}$ -fache gestiegen, während die eigenen Mittel (Aktienkapital) nur um drei Viertel, also noch nicht einmal das einfache der Aufwendungen des Jahres 1924 gestiegen sind. Hieraus entstehen Zinsen- und Dividendenlasten, die nach den Berechnungen von Musil zwischen 10 und 35 vH liegen. Hinzu kommt, daß die öffentlichen Werke, soweit sie keine übermäßig hohe Kapitalverfremdung aufweisen, aus den Einkommen der Eltwerke die Gemeindehaushalte auffüllen müssen. Diese Tatsache wird nun vielfach von den Privatwerken als Begründung für die Unwirtschaftlichkeit öffentlicher Werke ins Feld geführt, ist aber tatsächlich unzutreffend, da man hier die Frage des Geldausgleiches der Gemeinden mit der Preisbildung für elektrischen Strom zusammenwirft. In dem Augenblick, in dem über die Reichsgesetzgebung die Gemeindehaushalte in Ordnung gebracht sind, entfällt für die Gemeinden die Notwendigkeit, Stromzuschläge zu nehmen, die zur Bewältigung der übrigen Gemeindeaufgaben notwendig sind. Im übrigen sind die privaten Werke in einer gleich ungünstigen Lage, insofern sie für Fremdgeld Zinsen und Dividenden in einer Höhe auswerfen müssen, die gegenüber den gemeindlichen Ausschüttungen aus den Einkommen der Eltwerke keine wesentlichen Unterschiede aufweisen. Ehe es nicht gelungen ist, die Überkapitalisierung der gesamten Eltwirtschaft zu beseitigen, wird es nicht möglich sein, in der Tarifbildung den Preis zu bilden, der den tatsächlich entstandenen Herstellkosten zuzüglich Abschreibung und angemessener Gewinnbildung entspricht.

Diese Tatsachen sind zu berücksichtigen, wenn man an eine Umformung der Kraftwirtschaft denkt, die den Siedlungsaufgaben, wozu auch eine Neuordnung der Industriestandorte gehört, entspricht.

Die Wirtschaft der Großkraftwerke versucht heute, nachdem die großen Sammelschienen ausgebaut sind, auf dem Wege über die Verbundwirtschaft den Ausbau der Stromversorgung weiterzuführen. Die Verbundwirtschaft löst aber nicht die Frage der wirtschaftlichen Übertragungslänge und damit die Erzielung niedriger Beförderungskosten. Man wird also gerade bei der Er-

schließung der noch nicht versorgten Märkte ganz besonders darauf achten müssen, unzweckmäßige Aufbauformen nicht zu verewigen. Die neu zu erschließenden Siedlungsgebiete liegen außerdem in der Regel fernab von den bestehenden Gasversorgungsmöglichkeiten, so daß die gesamte Licht- und Kraftwirtschaft mit Strom versorgt werden muß. Diese Aufgabe ist nur dann zu lösen, wenn diese Neuversorgung entweder durch neu zu errichtende kleine Werke geschieht, oder Wege gefunden werden, innerhalb der bestehenden Versorgungsordnung die Nachteile auszuschalten, die heute zu einer Beschränkung des Stromabsatzes führen. Zur Zeit werden noch 75 vH der gesamten Stromerzeugung durch Umwandlung von Stein- und Braunkohle hergestellt. Die Heranziehung der Wasserkraft ist also trotz des in den letzten zwanzig Jahren verstärkt betriebenen Ausbaues der Wasserkräfte noch nicht so umfangreich, wie das gemeinhin angenommen wird. Der Ausbau der kleinen Wasserkräfte für die neu zu erschließenden Gebiete enthält also durchaus Möglichkeiten einer technisch billigen Herstellung, billigerer Beförderung und damit niedrigerer Strompreise.

Hinzu kommen schließlich insbesondere bei der Industrieverlagerung die wehrwirtschaftlichen Gesichtspunkte, die sich unter dem Begriff Sicherheit der Versorgung zusammenfassen lassen. Auch hier dürfte unbestritten sein, daß die Verbundwirtschaft allenfalls Möglichkeiten enthält, die Versorgungsaufgabe eines ausfallenden Werkes über ein anderes Werk durchzuführen. Von einer Auflockerung im Sinne unabhängiger Kraftquellen kann aber noch nicht die Rede sein, denn durch diese Verbundwirtschaft werden noch nicht die großen Sammelschienen beseitigt, die für Fliegerangriffe ein ebenso dankbares Ziel sind wie die Großkraftwerke selbst.

Hier liegen ohne Zweifel Aufgaben vor, deren Lösung einmal entscheidende Bedeutung für die Aufrechterhaltung des Arbeitslebens innerhalb gefährdeter Landschaften bekommen wird. Die Aufgabe, die der Kraftwirtschaft gestellt ist, erfordert in der Lösung vielfach eine Abkehr von als unverrückbar feststehenden Anschauungen über Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit, wie sie während des Aufbaues dieses Wirtschaftszweiges in Geltung waren. Von der Anerkennung der neuen Zielsetzung wird schließlich auch die Frage abhängen, wie die Eltwirtschaft die heute bestehenden Schwierigkeiten überwinden können wird.

Fragen der Altstadterneuerung

Wir veröffentlichen diesen bemerkenswerten Aufsatz, ohne uns mit allen aufgestellten Forderungen einverstanden zu erklären. Wegen der Verkehrslösung in der Altstadt verweisen wir auf Wilhelm Heiligs Aufsatz „Verkehrsentlastung der Altstadt Berlin“ in Heft 24, Seite 463 ff.

Die Schriftleitung

Welche Aufgaben hat die Altstadterneuerung zu lösen? Es gilt, die allseitige Enge des städtischen Raumes zu beheben und dadurch gesunde Wohnungsverhältnisse und neuzeitliche Verkehrsmöglichkeiten unter Wahrung des geschichtlich und baukünstlerisch wertvollen Stadtbildes zu schaffen. Man muß sich die Altstadtviertel ansehen, um zu erkennen, was da not tut. Die Jahrhunderte alten, schmalen, oft krummen Gassen zwischen manchmal recht hohen Häuserzeilen, zu denen nur selten oder auch nie ein Sonnenstrahl Zutritt hat, lassen schon erkennen, daß es ein ungesundes Wohnen in diesen Häusern sein

Alfred Ketter

Liegenschaftsrat i. R. in Köln

muß, wenn nicht von der Rückseite, vom Hofe her, viel Luft und Sonne zugeführt wird. Aber das Gegenteil ist der Fall, hier herrscht dieselbe Enge, vielleicht noch größere als von der Straße her; denn soweit es irgend denkbar und nach den baupolizeilichen Vorschriften zulässig ist, sind die Höfe, die ursprünglich freien und grünen Innenräume der Blöcke, im Laufe der Zeit auch mit Bauten und Wohnungen vollgestopft worden. In den Häusern herrscht noch größere Enge wegen der vielen Menschen, die in beschränktem Raume leben müssen. Hier fehlen oft die nötigsten gesundheitlichen Einrichtungen. Die Instandhaltung der Wohnungen läßt viel zu wünschen übrig. Alles in allem ein Bild traurigsten Wohnens, manchmal verstärkt durch Verkommenheit und Sittenlosigkeit.

Außer dem Wohnungselend erfordert aber auch die in

den meisten älteren Städten herrschende Verkehrsnot die Erneuerung einzelner Straßen und Stadtteile.

I.

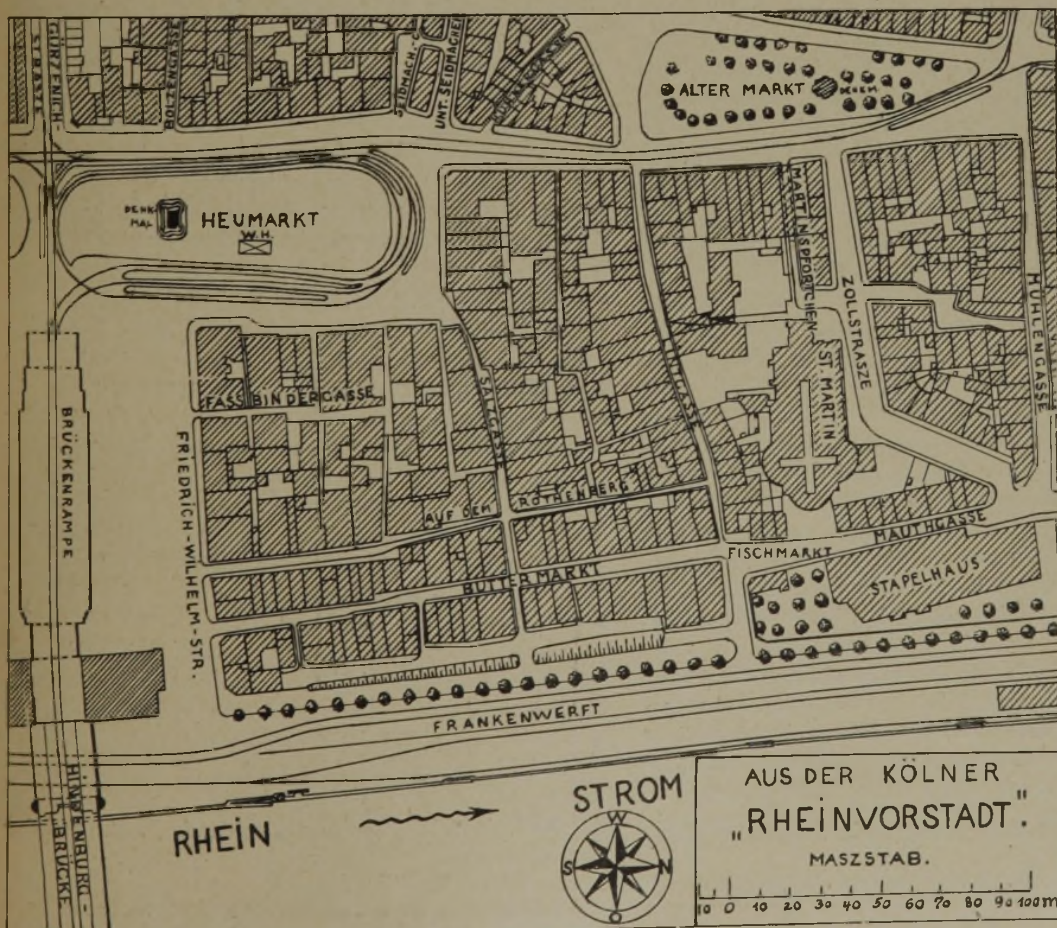
Beispiel eines dicht bebauten und bevölkerten alten Stadtteils ist die Kölner Rheinvorstadt zwischen den beiden großen Rheinbrücken (Abb. 1). Aus dem Grundriß geht die ungewöhnlich dichte Bebauung hervor. Nur die wenigen weißen Flecken sind frei von Gebäuden. Nirgends finden wir ausreichend Besonnung und Belüftung. Die nötigsten gesundheitlichen Einrichtungen sind oft sehr mangelhaft oder fehlen ganz. Die Häuser in der unteren Lage haben teilweise durch Hochwasser gelitten. Dazu kommt, daß viele (etwa ein Drittel aller Wohnungen) Kleinstwohnungen (von 1 und 2 Wohnräumen) und sehr dicht belegt (bei rund 37 vH mehr als zwei Personen in einem Raum) sind. Diebe, Hehler, Dirnen und Zuhälter haben diese Wohnungen verseucht. Andererseits aber ist dieses Gebiet der letzte, in einigermaßen ursprünglicher Gestalt erhaltene Kern des geschichtlichen Stadtbildes mit malerischen Gassen und Gäßchen, deren wunderbarer Gesamteindruck ein künstlerisches Herz höher schlagen läßt.

Ein anderes Beispiel bietet die sogenannte „Neustadt“ von Bad Kreuznach (Abbildung 2), ein aus dem Mittelalter stammender, später zerstört und wieder aufgebaute Stadtteil, der etwa dieselben engen Gassen und Gäßchen, ebenso dichte Bebauung, verwahrloste Häuser und teilweise die gleiche Art schlechter Bewohner wie die Kölner Rheinvorstadt aufweist. Die südliche Hälfte besteht meist aus Häusern, die infolge von Hochwasserschäden und schlechter baulicher Unterhaltung baufällig sind. Hier finden wir also in der mittleren Stadt dieselbe Notwendigkeit der Altstadterneuerung wie in der Großstadt.

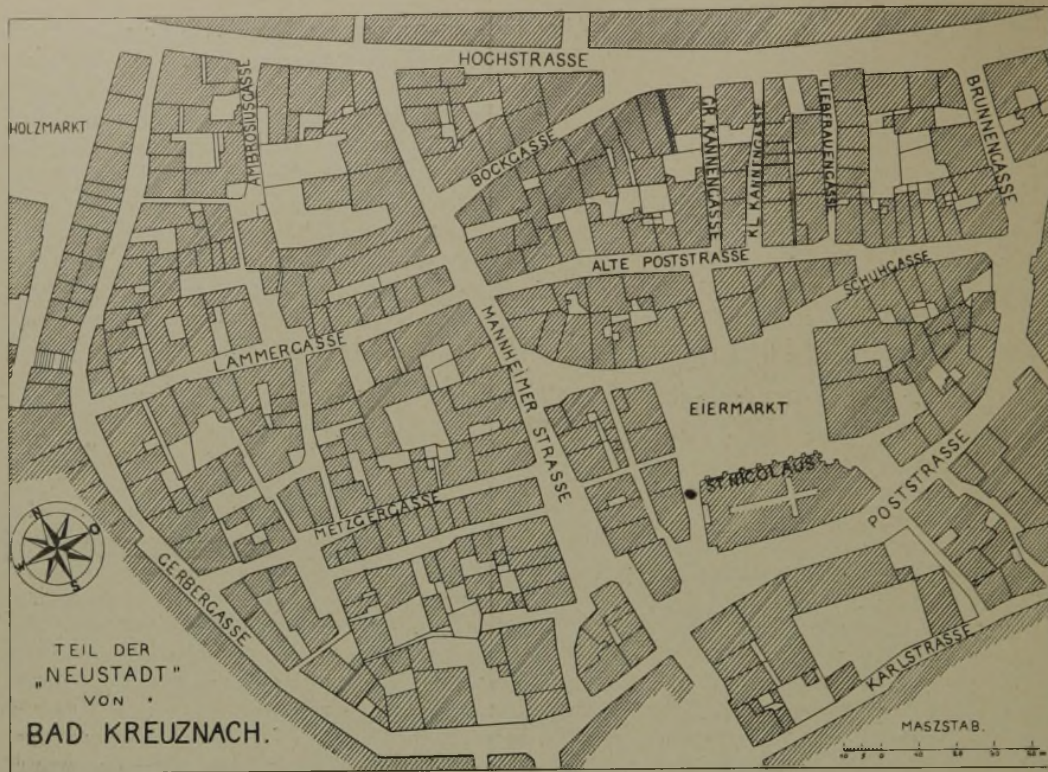
Aber auch in neueren Stadtteilen der Großstädte herrscht vielfach Wohnungselend. Hier liegt der Hauptgrund in noch stärkerem Maße als in den alten Stadtteilen in der gewinnsüchtigen rücksichtslosen Ausnutzung des Bauraumes hinsichtlich der bebauten Fläche und Gebäudehöhe. Wenn hier auch die Straßen breiter und für Licht und Luftzufuhr geeigneter sind, lassen doch die engen Höfe und hohen Hinterhäuser ebensowenig gesunde Wohnungsverhältnisse zu, wie dies in den älteren Vierteln der Fall ist. Das Wohnungselend, das im ehemaligen Berliner Scheunenviertel herrschte, ist bekannt.

Nicht ganz so krasse, aber ähnlich ungünstige Zustände herrschen in einzelnen Teilen der südlichen und nördlichen, erst etwa 50 Jahre alten Kölner (Stübben-schen) Neustadt. Die mittlere Neustadt war ursprünglich ein sogenanntes „besseres“ Wohnviertel, aber durch Bebauung des Inneren der Blöcke (und zwar nicht nur mit Wohngebäuden, sondern auch mit gewerblichen Betrieben), Aufteilung von Groß- in Kleinwohnungen, Vernachlässigung der Hauspflege, allmähliches Steigen der Wohndichte und Absinken der Einwohnerschichten das Gepräge der schlechten Stadtteile im Süden und Norden der Neustadt anzunehmen droht. Falscher Zuschnitt der Baublöcke und Baustellen sowie zu günstige baupolizeiliche Ausnutzungsvorschriften haben neben dem Eigenutz der Eigentümer diesen Wohnungen ihr gesundheitsschädliches, volksfeindliches Gepräge gegeben.

So entstanden Häuser mit Grundrissen, wie sie die Abbildung 5 darstellt, und Höfe, die wegen ihrer engen Abmessungen und der Höhe der Gebäude niemals den Wohnungen die nötige Luft und Sonne zuführen können. Auch für solche Stadtteile lassen sich Gesundungsmaßnahmen auf die Dauer nicht vermeiden, wenn sie nicht



1 Enges Altstadtviertel



2 Hellungsbedürftiger mittelalterlicher Teil einer Mittelstadt

schließlich Elendsviertel von der Art der oben geschilderten werden sollen.

Was hat nun zur Erneuerung zu geschehen? Die Antwort auf diese Frage ist so verschieden, wie die Art und Beschaffenheit der kranken Stadtviertel; die zu ergreifenden Maßnahmen sind so mannigfaltig wie das Aussehen und der Zustand der einzelnen Häuser. Zu unterscheiden sind zunächst die alten und die neueren Gesundungsviertel. Die Erneuerung eines alten Stadtteils wie die Kölner Rheinvorstadt erfordert außer umfassendem technischen Können im Bauen und in der Raumgestaltung, neben eingehenden wirtschaftlichen Überlegungen und großem sozialem Verständnis eine gute künstlerische Begabung und reiches kunstgeschichtliches Wissen des ausführenden Architekten. Alle diese Eigenschaften und Kenntnisse werden selten in einem Manne vereinigt sein. Es muß hier schon ein Zusammenwirken verschiedener Köpfe und Könner Platz greifen, um der schwierigen Aufgabe in bester Weise gerecht zu werden. Bei dem Kölner Altstadt-Wettbewerb (Heft 11, Seite 4, und Heft 18, Seite 220 der „Deutschen Bauzeitung“) hat sich gezeigt, daß es etwas ganz anderes ist, im freien Raum Neues zu schaffen, als im vorhandenen altehrwürdigen Rahmen unter dem Zwange zahlreicher Begebenheiten, Notwendigkeiten und Rücksichten schlechtes Altes zu erneuern, d. h. zu verbessern oder zu ersetzen, so daß daraus menschenwürdige Wohnungen entstehen. Nicht alle alten Stadtviertel sind gleicher Art. Manchmal mag die Denkmalpflege, die hier ein sehr gewichtiges Wort mitzureden hatte, gar nicht in Erscheinung treten, weil entweder erhaltenswerte Bauten nicht da sind oder der allgemeine bauliche Zustand der Häuser ihre Erhaltung nicht mehr rechtfertigt. Es wäre aber auch falsch, sich bei der Altstadterneuerung „von einer übersteigerten romantischen Einstellung gefangen nehmen zu lassen. Letzten Endes muß uns die körperliche und sittliche Gesundheit unserer Volksgenossen wichtiger sein als jede Erhaltung eines alten Gebäudes“¹⁾.

Liegt der Fall vor, daß verheerende Ereignisse (Feuer,

Wasser) den Hauptbestand der Gebäude des Viertels vernichtet haben, so wird man zum Aufbau eines ganz neuen Stadtteils gezwungen sein und wieder freier schaffen können. Dann würde zunächst der Städtebauer einen Gesamtplan aufzustellen haben, wie ja in solchen Fällen die einheitliche Leitung der Erneuerungsarbeiten in seiner Hand liegen muß. Erst in dem von ihm abgesteckten Rahmen kann der Architekt wirken, der in alten zu verbessernden Vierteln zunächst bei den einzelnen Häusern deren baulichen Zustand, das Vorhandensein und die Beschaffenheit der nötigen gesundheitlichen Einrichtungen usw. sowie die vorhandenen Geldmittel zu prüfen und danach sein Vorgehen in jedem Einzelfall einzurichten hat. Auch für größere, ganz neu aufzubauende Stadtteile (seltene Fälle) kann man im Innern der Stadt eine allgemein aufgelockerte Siedlungsweise mit Flachbau, wie sie heute von allen vernünftig Denkenden statt der Zusammenballung der Menschenmassen in den städtischen hohen Häuserblöcken mit Rücksicht auf die Volksgesundheit und aus anderen Gründen (z. B. des Luftschutzes) angestrebt wird, wegen wirtschaftlicher Unmöglichkeiten (zu hoher Bodenpreise) nicht anwenden.

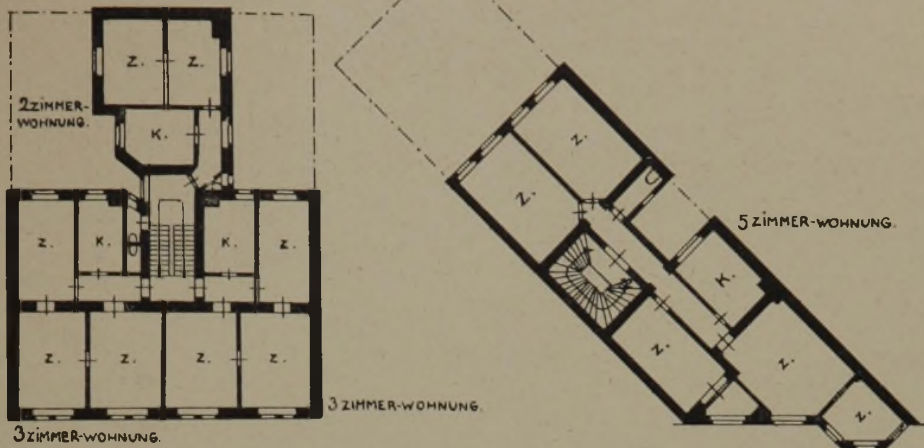
Der Städtebauer wird dann unter Zuhilfenahme der Baulandumlegung solche Baublöcke bilden müssen, die nur eine allseitige Randbebauung mit mehr oder weniger hohen Häusern für zweckmäßige gesunde Wohnungen gestatten, im Innern aber hinter rückwärtigen Baulinien einen vollständig zusammenhängenden freien Raum lassen, der wenigstens die gleiche Flächengröße wie der bebaute Teil des Blockes (50 vH Bebauung) und überall lichte Abmessungen haben muß, die nicht geringer sind als die Höhe der Häuser. Diese Bauweise, wenn auch nicht mit vollständig gleich hohen Häusern, veranschaulicht die Abbildung 6 die dem Buche „Köln, Entwicklungsfragen einer Großstadt“ von Fritz Schumacher und Wilhelm Arntz²⁾ entnommen ist. Dort (S. 200 bis 205) findet man auch sehr lesenswerte Ausführungen über eine Verbesserung des leider in der Altstadt nicht mehr zu vermeidenden mehrgeschossigen Miethauses.

¹⁾ Oberbürgermeister Dr. Strölin, Stuttgart, in „Reichsplanung“, 1935, Heft 5, Seite 143 ff.

²⁾ Saaleckverlag, Köln, 1923.

WOHNUNGSGRUNDRISSSE AUS DEN JAHREN 1886-1914.

3 Mißgestaltete Wohnungen



Ganz andere Verhältnisse und Erneuerungsaufgaben als in den alten Stadtteilen, liegen in den neueren Vierteln (z. B. Kölner Neustadt, Berliner Gesundungsviertel) vor. Hier sind die Häuser in der Mehrzahl äußerlich noch gut erhalten und auch im Innern umbaufähig. Sie werden meist nur instand zu setzen, mit fehlenden gesundheitlichen und neuzeitlichen Einrichtungen (z. B. Bad) zu versehen, vielleicht auch sonst als Wohnungen umzubauen sein. Die Hauptgesundungsmaßnahme wird dagegen in der *Auflockerung* (Durchlüftung und Durchsonnung) des Innern der Baublöcke durch Beseitigung der An-, Flügel- und Hinterbauten bestehen müssen. Alle diese Bestrebungen finden aber ihre natürlichen Grenzen in den wirtschaftlichen Zusammenhängen und Überlegungen, die auch für die alten Stadtteile schließlich ausschlaggebend sind.

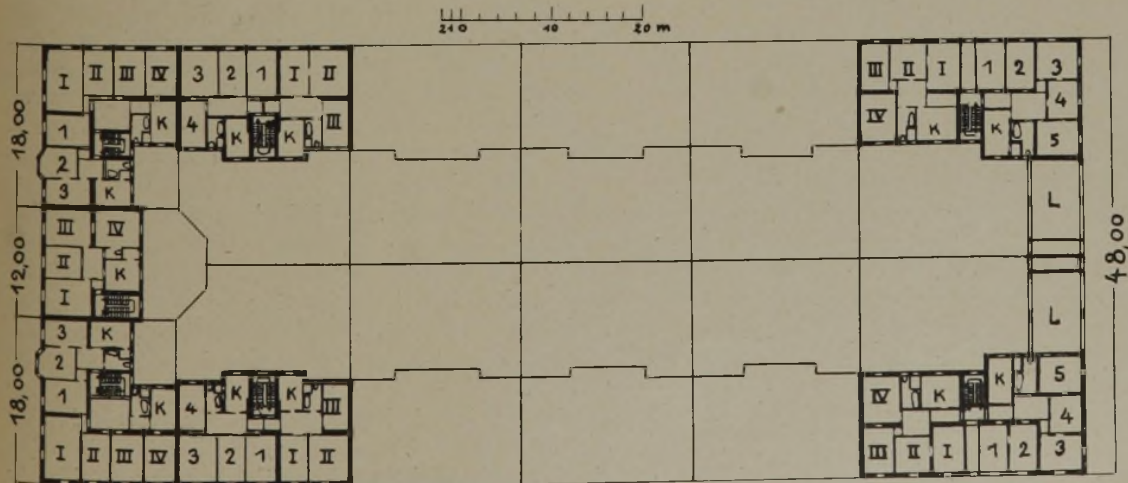
Bei allen Erneuerungsunternehmungen muß darauf geachtet werden, daß nicht unnötigerweise noch brauchbare Werte vernichtet werden, daß nicht zerstört wird, ehe die Geldmittel für die Erneuerung der alten und die Beschaffung neuer Wohnmöglichkeiten der umzusiedelnden, in den alten Wohnungen überzähligen, Einwohner sichergestellt sind. Nur in den seltensten Fällen sind ganze Blöcke abzureißen und neu aufzubauen. Es würde im Rahmen dieses Aufsatzes zu weit führen, auf die bei der Altstadterneuerung zu beachtenden volkswirtschaftlichen Fragen näher einzugehen; es muß vielmehr genügen, hier nur den drohenden Finger zu erheben und im übrigen auf zwei sehr beachtenswerte Abhandlungen hinzuweisen, in denen gezeigt wird, was bei

der Erneuerung nach der wirtschaftlichen Seite zu bedenken ist, nämlich: „Ziel und Wege der Altstadtsanierung“ von Dipl.-Ing. Erich Frank in der Zeitschrift „Deutsche Technik“, Jahrgang 1934, und den oben schon erwähnten Aufsatz von Oberbürgermeister Dr. Strölin. Das von diesem geforderte Gesetz für Altstadterneuerungen müßte auch gesunde, dem nationalsozialistischen Begriff Grundeigentum entsprechende Enteignungs- und Entschädigungsvorschriften enthalten, wie sie der Verfasser in einem Aufsatz „Neue Wege der Enteignung“³⁾ empfohlen hat.

II.

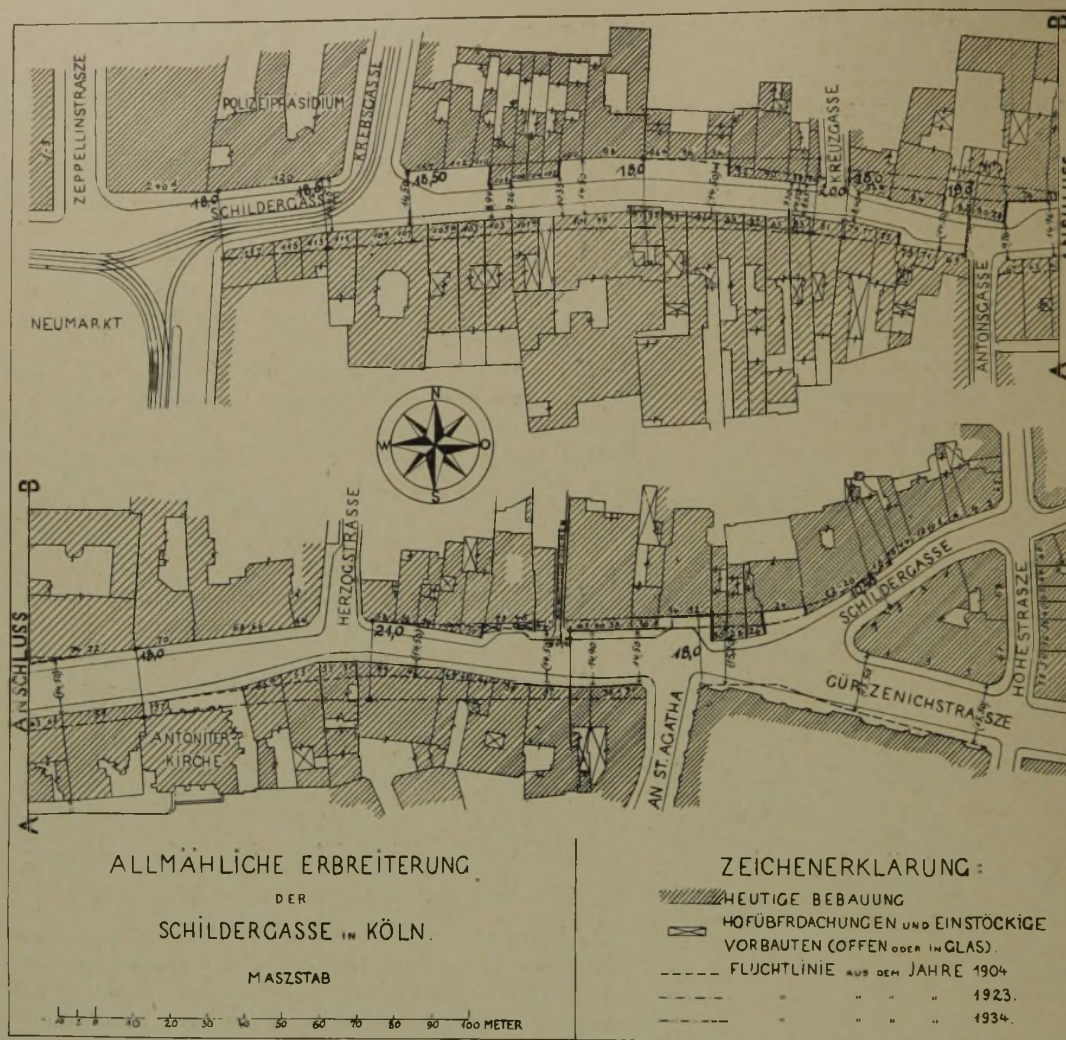
Zu den Aufgaben der Altstadterneuerung gehört auch die Behebung oder Milderung der in der Altstadt heutzutage regelmäßig mehr oder weniger vorhandenen Verkehrsnöte. Fragt man, was zu diesen unhaltbaren Zuständen geführt hat, so zeigt sich, daß eine ganze Reihe von Ergebnissen der Städteentwicklung und des technischen Fortschritts hier mit den Gegebenheiten der alten engen Stadt zusammengewirkt hat: die Zunahme der Bevölkerung und des Fremdenstroms, die Weiterausdehnung der Stadt und die als deren Folge nötigen Massenverkehrsmittel (Straßenbahnen, Omnibusse), die hastende Lebensweise der städtischen Bevölkerung mit der bis zum äußersten gesteigerten Schnelligkeit des Verkehrs, die fortschreitende Vervollkommnung der Verkehrsmittel, insbesondere der Kraftfahrzeuge, und nicht zuletzt die im selbstischen Denken der verflorenen

³⁾ „Allgemeine Vermessungsnachrichten“ 1934, S. 399 ff.



SCHEMA EINES BLOCKS MIT 3-4 ZIMMER-WOHNUNGEN TIEFE 48m. 50% AUSNUTZUNG.

4 Gute Blockaufteilung



liberalistischen Zeit großgezogene Rücksichtslosigkeit der einzelnen Verkehrsteilnehmer untereinander haben die alten krummen Straßen und Gassen der Stadt schon lange zu eng und, da sie vielfach auch keine Verbindung untereinander haben, und an manchen Stellen überhaupt fehlen, für den durchgehenden Verkehr und die neuzeitlichen Verkehrsbedürfnisse überhaupt ungeeignet gemacht. Das Massenverkehrsmittel der Straßenbahn wurde in die alten Gassen hineingepreßt. An die Schiene gebunden, konnte sie zwar große Mengen von Menschen befördern, verstopfte aber dem übrigen Verkehr in ihrer Schienenzonen den Weg und wurde so gleichzeitig zum größten Verkehrshindernis. Als dann die Fahrräder und die Kraftfahrzeuge aller Arten als neue Erfindungen und Errungenschaften der technischen Entwicklung auftraten, das Pferdefuhrwerk allmählich verdrängten und den Verkehr immer mehr beschleunigten, fehlte es vollends an Platz im alten Straßennetz. Nicht nur, daß der Verkehr allerwärts stockte, er brachte auch zahlreiche Gefahren für Gesundheit und Leben aller Verkehrsteilnehmer mit sich. Dadurch, daß jeder von diesen ein anderes Ziel mit größerer Eile ohne jede Rücksicht auf den anderen zu erreichen suchte, entstand oft stellenweise ein äußerst gefährlicher, jeder Spur von Ordnung barer Wirrwarr, der die empfindlichsten Beschwerden und Stockungen des Stadtlebens verursachte. Diese Zustände sind heute in manchen Stadtteilen so auf die Spitze getrieben, daß nur zeitweilige Verkehrssperrungen das Schlimmste verhüten können. Im allgemeinen wird man auf Beseitigung der Verkehrshindernisse bedacht sein müssen.

Was kann in dieser Hinsicht unternommen werden? Man kann den Richtungsverkehr einführen, d. h.

die eine Straße nur für eine, die benachbarte für die entgegengesetzte Richtung als „Einbahnstraße“ freigeben. Dieser Richtungsverkehr wird aber immer, zumal wenn auch die Straßenbahn in den Einbahnstraßen fahren muß, für den allgemeinen Verkehr nur ein schwacher oder gar unwirksamer Notbehelf bleiben. Wirkliche Erleichterung wird nur die Abstellung des Grundübeln, der Straßenge, durch Verbreiterung der Straßen herbeiführen können. Die Durchführung einer solchen Straßenverbreiterung in der Altstadt, die ihre Grenzen in erster Linie in der verbleibenden Tiefe der betroffenen Baublöcke findet, ist recht schwierig, da ihr die Eigentumsrechte der Hausbesitzer und die daraus beim Grunderwerb für die Verbreiterung sich ergebenden wirtschaftlichen Fragen im Wege stehen. Die Höhe der den Grundeigentümern zu zahlenden Entschädigungen ist es, was Straßenverbreiterungen außerordentlich erschwert und oft den Gemeinden unmöglich macht. Diese sind dadurch vielfach veranlaßt worden, die Verbreiterung allmählich durch Zurücksetzenlassen der Häuser in dem von den einzelnen Eigentümern zu wählenden Zeitpunkt vorzunehmen.

Ein Beispiel hierzu stellt Abbildung 5 dar. Die Schildergasse, ein Stück des wichtigsten Ost-West-Verkehrszuges der Kölner Altstadt, ist, wie aus der Zeichnung ersichtlich, wiederholt auf größere Breiten durch immer neue Fluchtlinien festgesetzt worden. Dadurch hat sich das unregelmäßige Bild der Straßenwandungen ergeben, mit den Einbuchtungen da, wo die Häuser schon zurückgesetzt worden sind und den häßlichen, vielleicht noch mit unschönen Werbegeschildern oder -schriften bemalten, vorstehenden Giebeln (in der Zeichnung verstärkt). An diesen Stellen entstehen ferner dadurch, daß sich die

Fußgänger vor den Schaufenstern ansammeln, beim Weitergehen auf der schmalen Fortsetzung des Bürgersteiges keinen Platz finden und die Fahrbahn betreten müssen, neue große Gefahrenquellen. Das läßt sich aber nicht vermeiden, weil die Stadtgemeinde wegen der hohen Entschädigungen nicht in der Lage ist, die Enteignung zur Verbreiterung auf einmal durchzuführen. Hier fehlt eben das nach dem nationalsozialistischen Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ eingerichtete Enteignungsgesetz, das u. a. auch bestimmen müßte, daß fluchtlinienmäßig als Straßenland bestimmte Flächen nicht nach dem Werte, den sie am Tage der Enteignung haben, zu entschädigen sind, sondern nach ihrem Werte am Tage der Fluchtlinienfestsetzung, an dem sie zukünftiges Straßenland geworden, d. h. für die Allgemeinheit beschlagnahmt worden sind.

Die Enteignung wird auch bei der nächsten zur Behebung der Verkehrsschwierigkeiten in der Altstadt oft notwendigen Maßnahme, dem Straßendurchbruch, nicht zu vermeiden sein. Straßendurchbrüche werden da nötig, wo infolge der Verkehrszunahme entweder ein durchgehender Verkehrszug in einer bestimmten Richtung durch Verbindung zweier gleichgerichteter Straßen oder die kürzere Verbindung zweier Verkehrsknotenpunkte mittels Durchbrechung eines oder mehrerer Häuserblöcke nötig wird. Dabei ergibt sich die Lage und (möglichst gerade) Richtung der Durchbruchstraße im ganzen aus ihrem Zweck. Im einzelnen können Gründe der Wirtschaftlichkeit, wenn man einem allzu teuren Hause, oder der Denkmalspflege, wenn man einem Gebäude mit außerordentlichem Denkmalswert aus dem Wege gehen muß, mitbestimmend sein. Diese Rücksichten können übrigens auch die Fluchtlinienführung bei Straßenverbreiterungen beeinflussen. Die Verkehrsbelange sind aber meist wichtiger als die Denkmalspflege. In der Bemessung der Straßenbreite soll man (unter Berücksichtigung der verbleibenden Bautiefen) so weit wie möglich gehen, zumal es schwer sein wird, in absehbarer Zeit Verbreiterungen der neuen Straße vorzunehmen, ohne die in den Neubauten steckenden Teile des Volksvermögens zu vernichten.

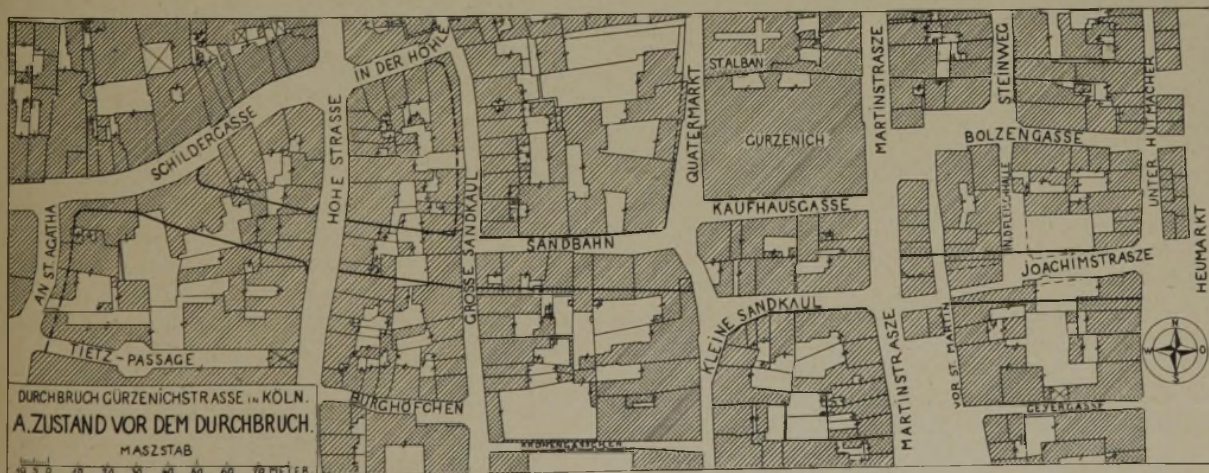
Vor allem müssen aber beiderseits einer genügenden Fahrbahn (wenigstens 2 bis 3 m) breite Bürgersteige für den Fußgänger als Hauptbeteiligten am Straßenverkehr angelegt werden.

Ein Straßendurchbruch ist in Abbildung 6 dargestellt. Es handelt sich um die in demselben großen Verkehrszuge wie die Schildergasse liegende Gürzenichstraße in Köln. Aus Abbildung 8 sieht man, wie notwendig der Durchbruch war, wenn man weiß, daß der Ost-West-

Straßenzug, in dem der Durchbruch liegt, die gerade Verbindung des rechtsrheinischen Köln über die Hindenburgbrücke (siehe Abbildung 1) mitten durch die Altstadt mit den westlichen Stadtteilen darstellt und auch dem Ost-West-Fernverkehr dienen muß. Der Plan läßt auch erkennen, daß 32 Wohn- und Geschäftshäuser der neuen Straße zum Opfer fallen mußten. Der Grunderwerb hat allein rund 1 Million M verschlungen und konnte nicht ohne Enteignung durchgeführt werden. Mit dem Durchbruch wurde auch der „Gürzenich“, das bekannte mittelalterliche, rein gotische Ballhaus der Stadt Köln, von Süden her freigelegt. Wo infolge Abbruch von Häusern auf dem östlichen Teil der Gürzenichstraße häßliche Baulücken entstanden waren, wurden diese durch kleine, eingeschossige Läden in den Fluchten der Straße bis zur endgültigen Bebauung der Restflächen in Verbindung mit den Nachbargrundstücken vorläufig geschlossen, ein Verschönerungsmittel, das in Köln auch sonst mit Erfolg angewandt wurde und allgemein zu empfehlen ist. In dem Teil der neuen Straßen zwischen Kleine Sandkaul und Hohe Straße hat die Stadt Köln unmittelbar vor dem Kriege ein großartiges Verwaltungsgebäude, das „Stadthaus“, in guten Bauformen errichtet, dem sich dann in ähnlichem Stile einige Geschäftshäuser anschlossen.

Bei jedem Straßendurchbruch spielt die Kostenfrage die Hauptrolle, zumal es nach der bis heute gültigen Gesetzgebung sehr schwer und nur in beschränktem Umfange möglich ist, die Kosten von denen wieder her einzuholen, die nachweisbar große Vorteile von dem Durchbruch haben. Auch hier wird der nationalsozialistische Staat nach dem Rechten sehen müssen.

Eine besondere, auch in vielen Städten Schwierigkeiten bereitende Verkehrsfrage ist das Fehlen von Parkplätzen für Kraftfahrzeuge in der engen Altstadt. Hier kann nur die Verwendung von größeren Restflächen hinter der Fluchtlinie bei Straßenverbreiterungen oder Durchbrüchen oder der besondere Erwerb eigens für Parkplätze bestimmter Flächen nach Festsetzung entsprechender Fluchtlinien abhelfen. Parkplätze fehlen z. B. in starkem Maße in der Nähe des Kölner Domes und des Hauptbahnhofs. Hier handelt es sich im übrigen um einen besonders krassen Fall von Verkehrsjammer. Die Hauptschuld trägt daran das nahe Beieinanderliegen des Domes als Hauptanziehungspunkt des Fremdenverkehrs und des Hauptbahnhofes als größtem Bahnhof des deutschen Westens. Dazu kommt die Nähe der besten Geschäftsstraße Kölns, der Hohen Straße. Rings um den Dom herrscht starker Straßenbahnverkehr, der sich durch die Engpässe der nicht mehr verbreiterungsfähigen alten Straßen und Gassen heranwindet. Daß



6 Straßendurchbruch

viele Kraftwagen in dieser belebten Gegend fahren, versteht sich von selbst. Für den Fußgänger ist die Umgebung des Domes lebensgefährlich. Kleine Mittel können hier eine wirkliche Verkehrsgesundung nicht mehr bringen. Endgültig wird nur die längst als richtig erkannte Verlegung des Hauptbahnhofes in einen vom Stadtkern entfernten Bezirk und der Bau von Untergrundbahnen helfen können; beides scheitert vorläufig am Geldpunkt. Erwähnt sei noch, daß der (zwar schnellere

und beweglichere) Omnibus die Straßenbahn als Massenverkehrsmittel nicht ersetzen kann, wenn er auch für Milderung der Verkehrsnot in Frage kommt. Im allgemeinen werden die Verkehrssorgen zu einem großen Teile verschwinden, wenn die Verkehrsunfälle auf eine Mindestzahl beschränkt werden können; und das haben die Verkehrsteilnehmer in der Hand, durch rücksichtsvolles, nicht selbstsüchtiges Verhalten: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz.“

Gutes Licht — gute Arbeit

Mit dem Vordringen nationalsozialistischen Gedankengutes geht im Bewußtsein des deutschen Volkes eine Begriffswandlung vor sich, die auf manchen Lebensgebieten bereits heute eine grundsätzlich neue Lage geschaffen hat. Eine der einschneidendsten und tiefgreifendsten Wandlungen vollzieht sich in dem ehemals von Schlagworten des Klassenkampfes und Klassenhasses vergifteten Betriebsleben: Schon heute ist es nahezu zur Selbstverständlichkeit geworden, daß der Betrieb nicht mehr wie früher, auf der einen Seite als bloße Kapitalsanlage und Erzeugungstätte, auf der anderen Seite ausschließlich als mehr oder weniger verhaßte Lohnerwerbsstätte betrachtet wird, sondern als Stätte gemeinsamer Arbeit, als Lebensraum durch gemeinsames Ziel und gemeinsames Schicksal verbundener schaffender Menschen.

Auf dieser Grundlage ist auch der anfangs als „phantastisch“ belächelte Gedanke „Schönheit der Arbeit“ heute bereits zu einer selbstverständlichen Forderung geworden, für deren Verwirklichung sich Betriebsführer und Gefolgschaftsmitglieder freudig und freiwillig einsetzen. Alle Maßnahmen, die für die neue Arbeitswelt getroffen werden, werden grundsätzlich auf den schaffenden Menschen ausgerichtet, dessen Dasein bei der überstürzten Entwicklung der Industrie und der Technik nahezu vergessen war und der nur noch als „Faktor Arbeitskraft“ in die Rechnung eingesetzt wurde.

Die Bedingungen, unter denen der schaffende Mensch arbeitet, sind heute genau so wichtig wie sein Bargeldlohn; sie sind ein notwendiger Teil seiner Entlohnung, weil sie genau so zur Erhöhung seiner Lebenshaltung beitragen. „Nicht höheres Lohnniveau, sondern höheres Lebensniveau muß das Ziel sein!“ hat Reichsorganisationsleiter Dr. Ley in seiner Rede an die saarländischen Betriebsführer gesagt. Mit der Verwirklichung der „Schönheit der Arbeit“ wird diese Forderung — die sich in gleichem Maße natürlich auch auf das außerbetriebliche Leben bezieht — in der Arbeitswelt zur lebendigen Tatsache.

Der Weg der Verwirklichung der „Schönheit der Arbeit“ geht über die Lösung unzähliger Einzelaufgaben, über die Neugestaltung aller großen und kleinen Dinge, die den Werktag des schaffenden Menschen ausmachen.

Eine dieser vielen Einzelaufgaben ist die Frage der richtigen Arbeitsplatzbeleuchtung. Zur Arbeitslust und Arbeitsfreudigkeit gehören nun einmal Licht und Luft. Dumpfe und dunkle Räume wirken bedrückend, helle und saubere dagegen erfreuend und anregend. Wo das natürliche Licht durch künstliches ersetzt werden muß, ist es eine selbstverständliche Forderung, daß der Lichteinsatz unter Berücksichtigung aller wirtschaftlichen und gesundheitlichen Gesichtspunkte erfolgt. Die Folgen einer unrichtigen Beleuchtung sind nicht nur schlechte Ar-

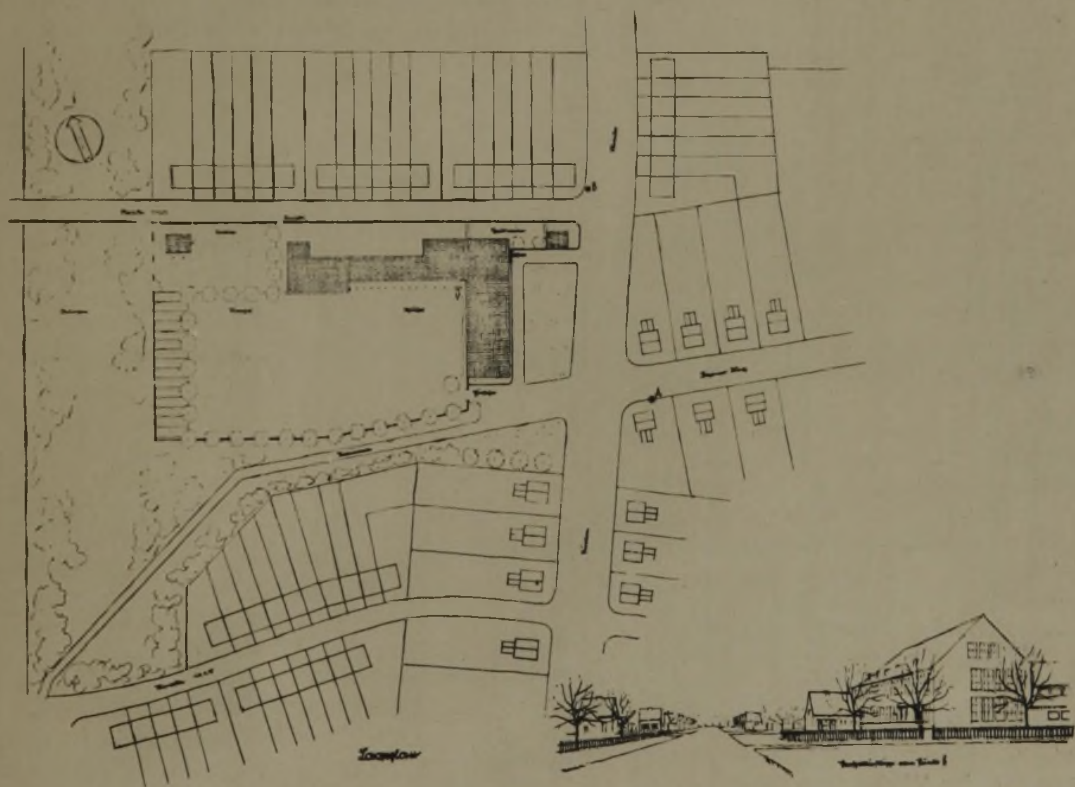
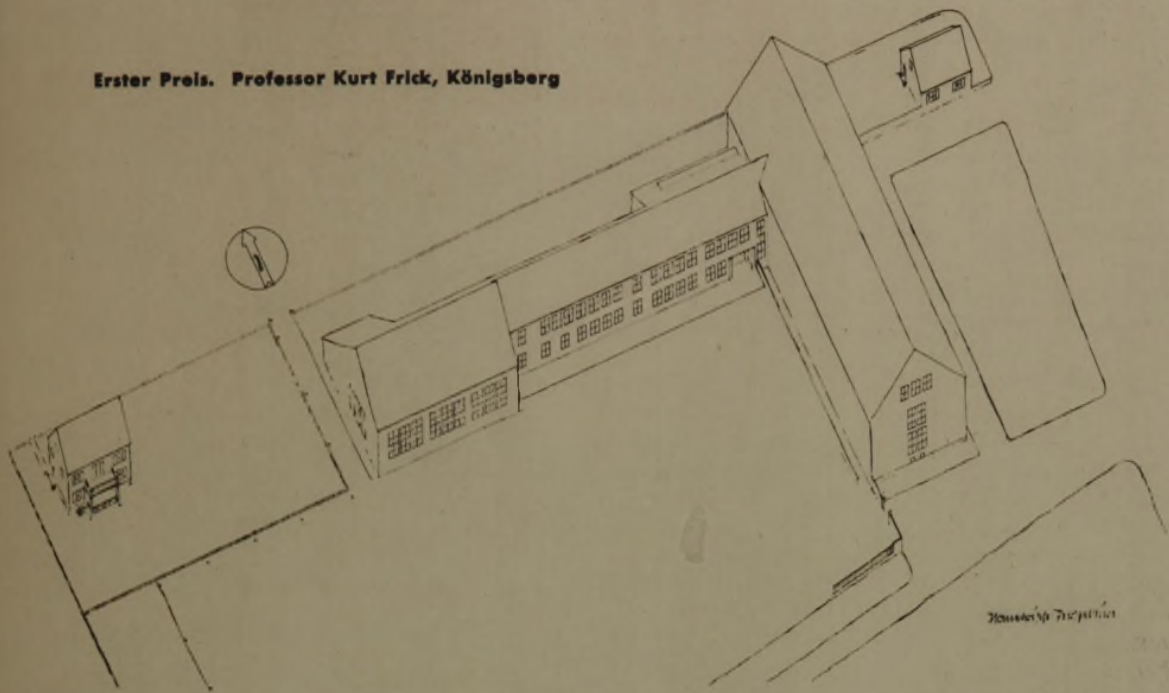
beit, sondern Ermüdung, unnütze Anstrengungen, letzten Endes nachlassende Arbeitslust. Auch bei der Beleuchtung muß das Unentwickelte und damit meist Unrichtige und Unwirtschaftliche aus den Betrieben verschwinden. Durch Anlage einer neuzeitlichen, lichtwirtschaftlich einwandfreien Beleuchtung wird der Arbeitsraum übersichtlich; Sauberkeit und Ordnung ziehen ein, die Unfallsicherheit wird erhöht, und es wird zur Freude, in einem solchen Raum zu arbeiten.

Das Amt „Schönheit der Arbeit“ in der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ der DAF ist Träger des Ende Oktober beginnenden Unternehmens „Gutes Licht — gute Arbeit“. Dieses Unternehmen wird unterstützt von der Gewerbeaufsicht, deren weitgehende Mitarbeit durch einen besonderen Erlaß des Herrn Reichsarbeitsministers gewährleistet ist, ferner von der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Elektrowirtschaft und der Deutschen Lichttechnischen Gesellschaft. Alle drei Stellen stehen dem Amt für Schulung und Vortragszwecke, sowie zur technischen Unterstützung zur Verfügung. Insbesondere werden auch die Elektroinnungen und Elektrofronten jeweils örtlich zur Durchführung des Unternehmens herangezogen.

Diese Zusammenfassung aller bisher in der Frage der richtigen Beleuchtung zuständigen Stellen und Verbände gewährleistet den Erfolg auf dem bisher leider vernachlässigten Gebiete der Arbeitsplatzbeleuchtung.

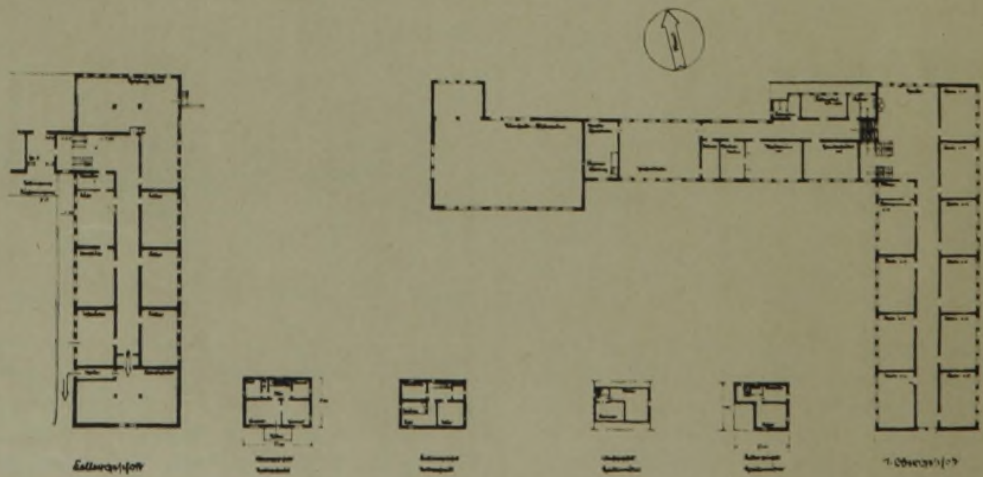
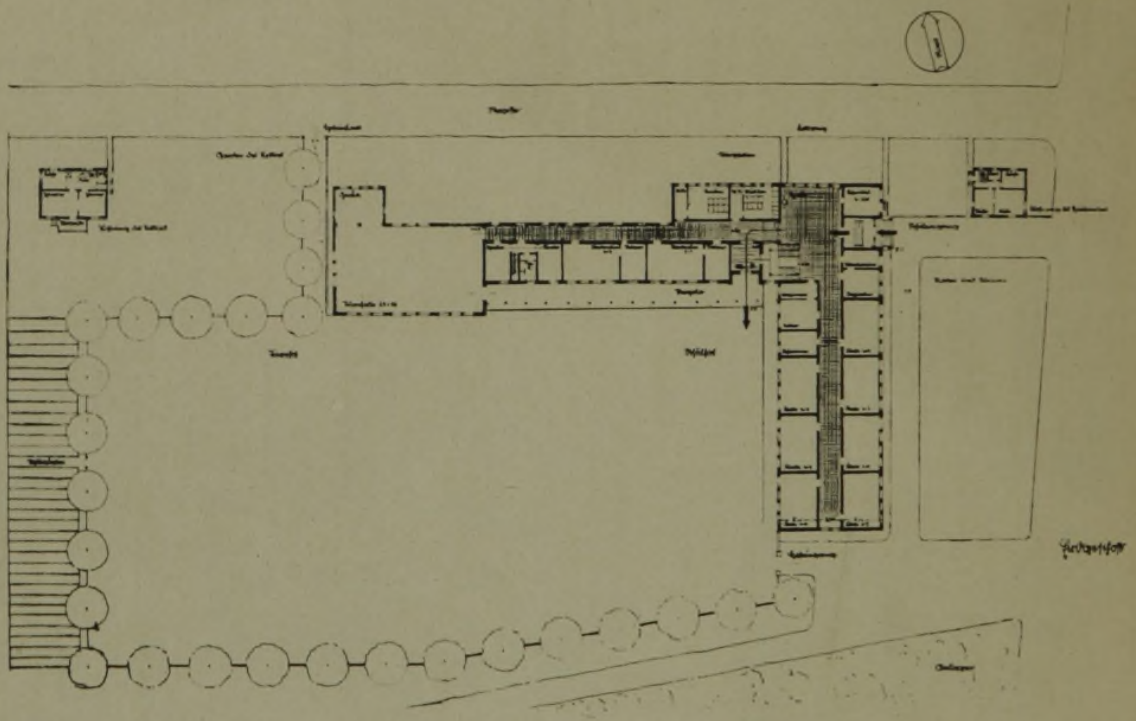
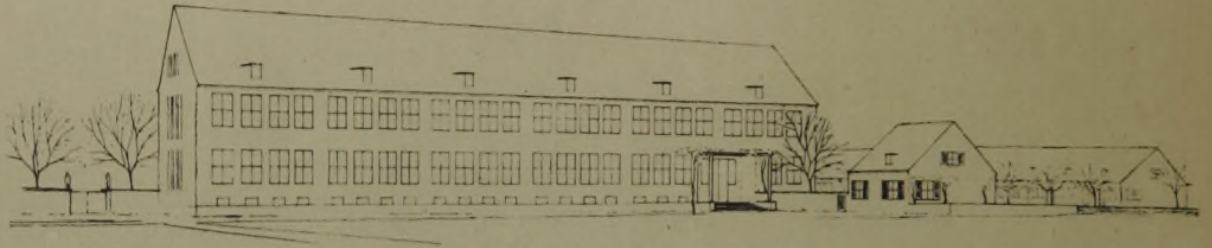
Zur Unterrichtung und Schulung werden Vortragsabende und öffentliche Kundgebungen veranstaltet, für die das Reichsamt „Schönheit der Arbeit“ Vortragsunterlagen und Lichtbilder herausgebracht hat. Eine besonders lehrreiche Schrift behandelt die falsche und richtige Beleuchtung am Arbeitsplatz durch Gegenüberstellungen und Anleitungen für richtige Arbeitsplatzbeleuchtung. In den Lichtspielhäusern wird durch Glasbilder und Schallplatten auf die Wichtigkeit des guten Lichtes am Arbeitsplatz hingewiesen. Besondere Anschläge mahnen eindringlich, das bisher in Beziehung auf Beleuchtung am Arbeitsplatz Vernachlässigte nachzuholen. Das gesamte Elektrohandwerk beteiligt sich durch Hinweise und Schaufenster-Ausstellungen an der Durchführung des großen Aufklärungsfeldzuges. Die Betriebsbesichtigungen der Gaureferenten des Amtes und der Beamten der Gewerbeaufsicht werden ebenfalls in den Dienst des Unternehmens gestellt. Mit Hilfe von Beleuchtungsstärkemessern, mit denen jeder Gaureferent ausgerüstet ist, wird in jedem Betrieb die richtige oder falsche Arbeitsplatzbeleuchtung nachgewiesen. Die Vorbereitungen in den Gauen sind durch die Arbeitsausschüsse so weit abgeschlossen, daß überall mit der Schulung der Männer begonnen werden kann, die dazu beitragen sollen, dieser weiteren Staffel auf dem Wege zur „Schönheit der Arbeit“ zum Erfolg zu verhelfen.

Erster Preis. Professor Kurt Frick, Königsberg

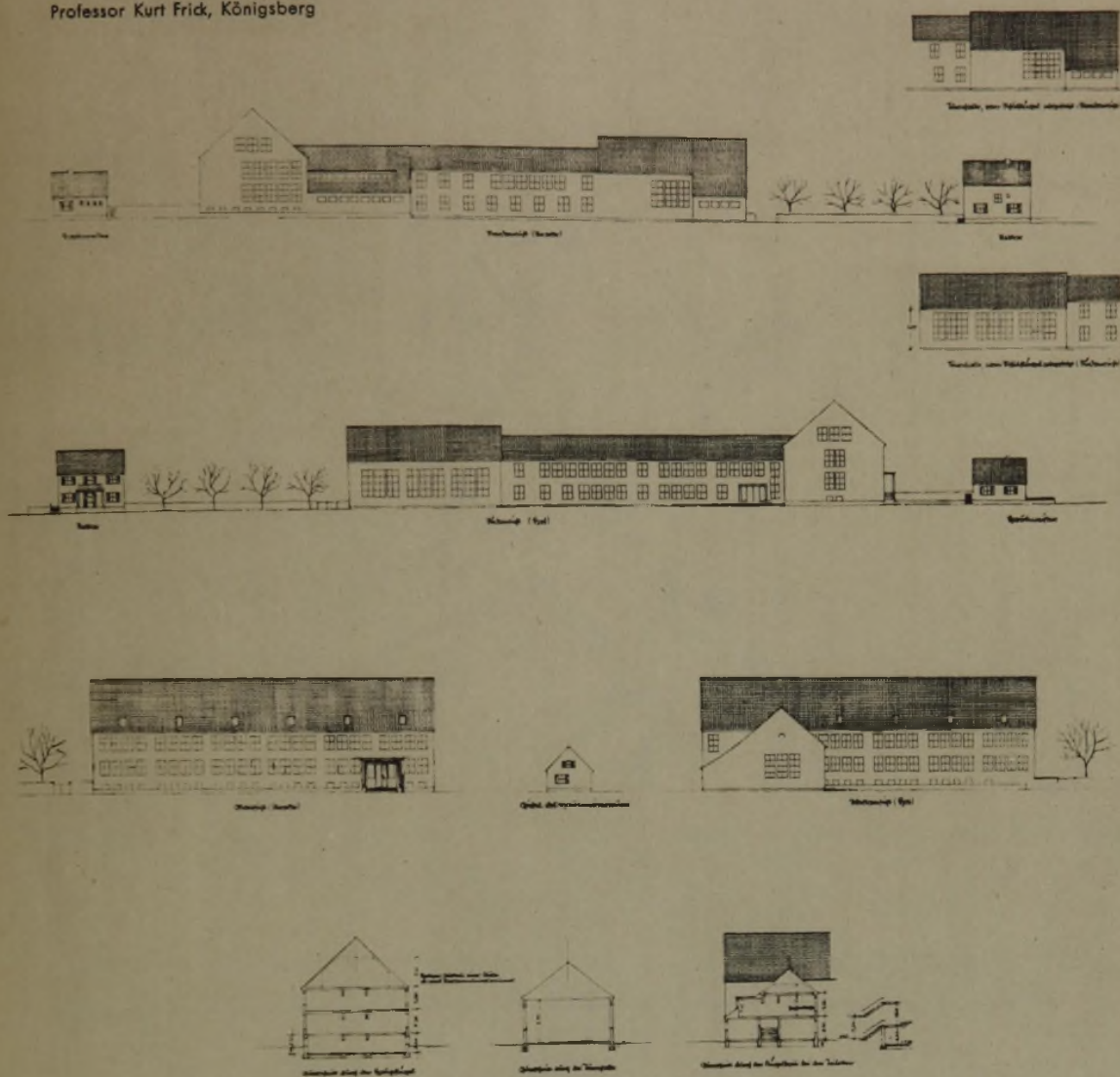


Das Preisgericht setzte sich zusammen aus: Oberbürgermeister Dr. Will, stellvertretendem Gauleiter Großherr, Magistratsschulrat Sahm, Professor Lörcher, Professor Tessenow, Professor Lahrs und Stadtbaurat Kunze. Es waren insgesamt 25 Entwürfe eingegangen. Vor der Beurteilung der Arbeiten besichtigte das Preisgericht das in Aussicht genommene Gelände. Die Preisrichter unter Vorsitz von Professor Lörcher haben die Arbeiten folgendermaßen beurteilt:

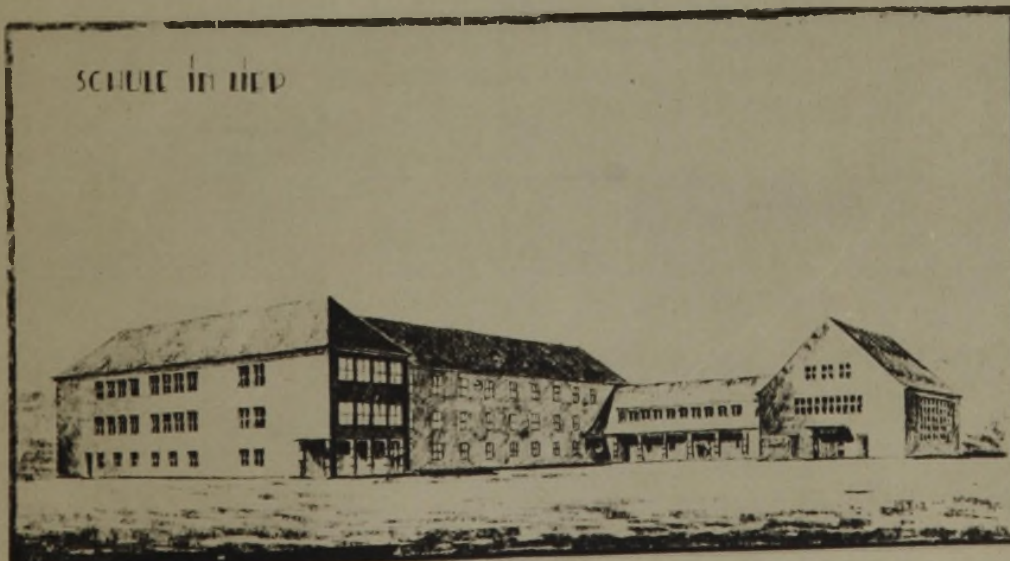
1. Entwurf Frick: „Das Projekt überschreitet die vorgeschriebene Bausumme von 350 000 M um etwa 14 vH. Der Verfasser gibt aber für die örtlich bedingten Verhältnisse eine Lösung, die in jeder Hinsicht gut durchdacht, städtebaulich richtig überlegt und eingegliedert ist, im Grundriß und Aufriß eine ganz klare, gut abgewogene Baumasse erbringt und insbesondere die Eingangs- und Ausgangsfrage für die gegebenen örtlichen Verhältnisse richtig löst. Die Ausweitung der beiden zusammen-

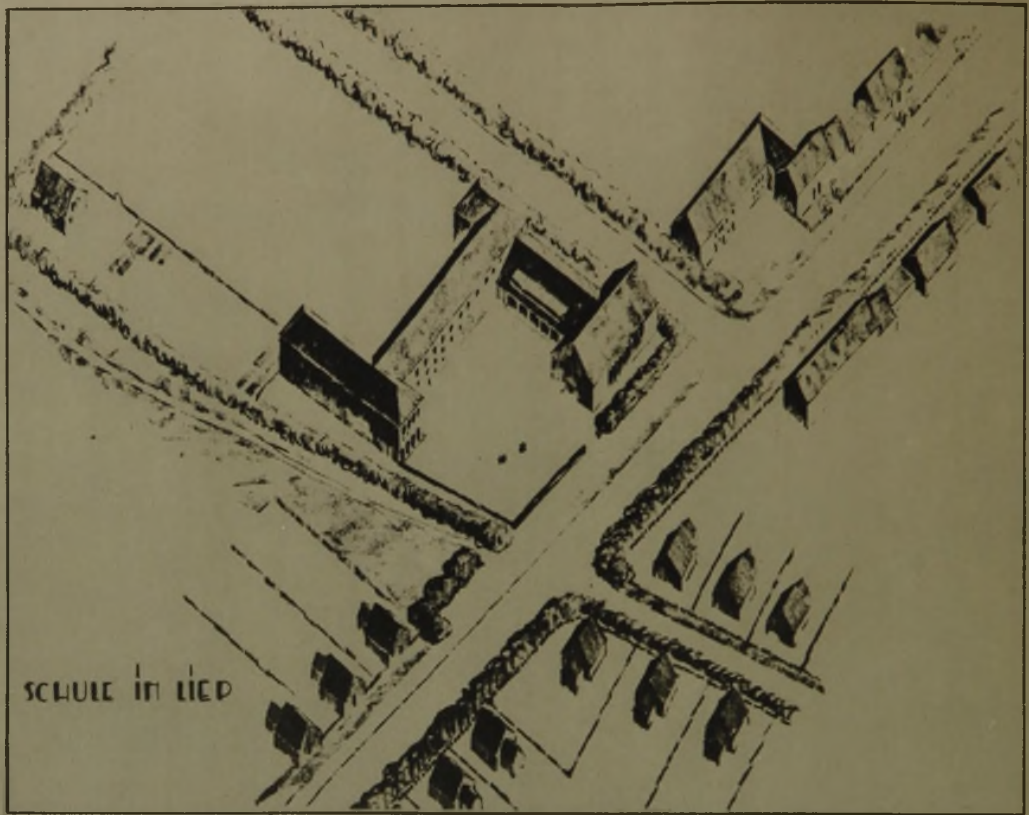


Professor Kurt Frick, Königsberg

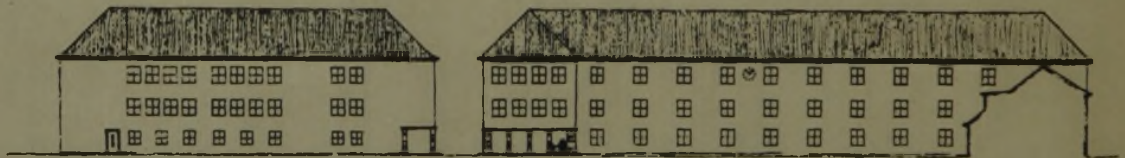


Zweiter Preis. Architekten Erich Göttingen und Hugo Locke, Königsberg





Architekten Erich Götting und Hugo Locke, Königsberg



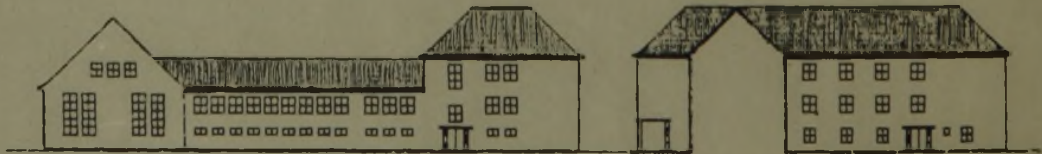
FLÜGELBAU VON SÜDEN

HAUPTBAU VON OSTEN



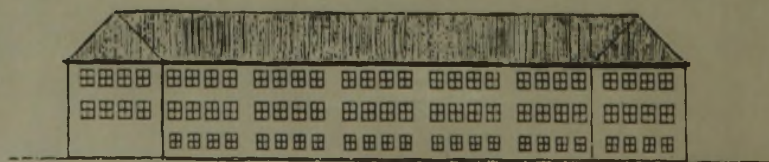
ZWISCHENBAU UND TÜRHALLE VON SÜDEN

TÜRHALLE VON OSTEN



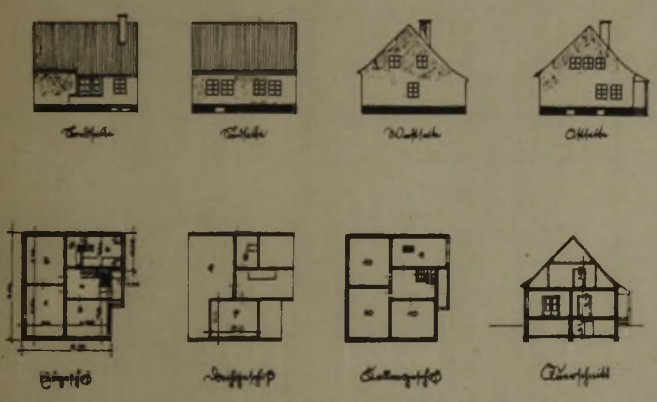
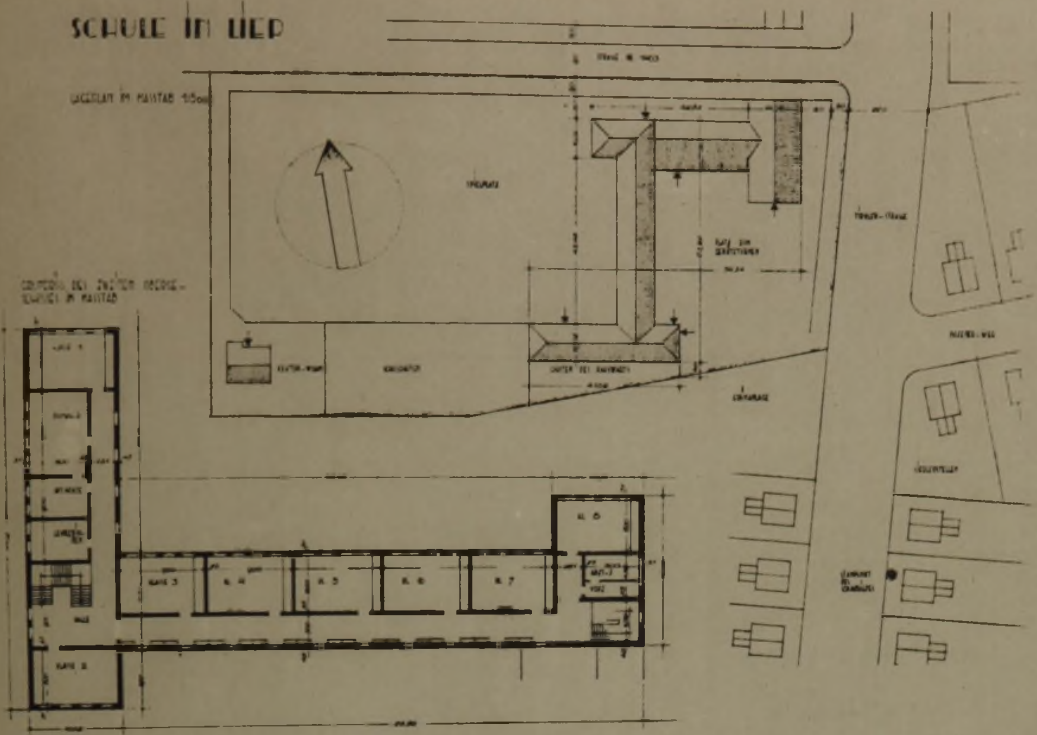
ZWISCHENBAU UND TÜRHALLE VON NORDEN

FLÜGELBAU VON SÜDEN



HAUPTBAU VON WESTEN

SCHULE IM LIEB



Dachhaus
 1 x 2,7 Zimmer
 11 Stühle
 5 Bänke 20 C
 6 Bänke
 8 Bänke
 4 Bänke
 10 Bänke
 1 Bänke

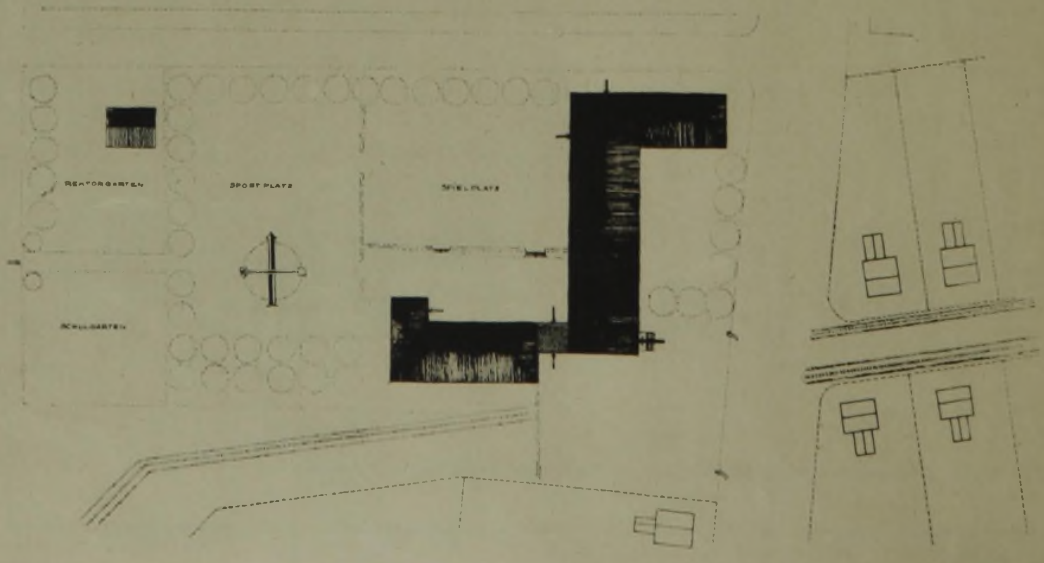
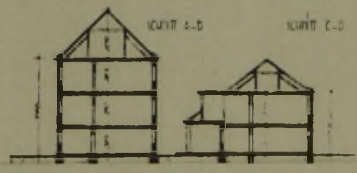
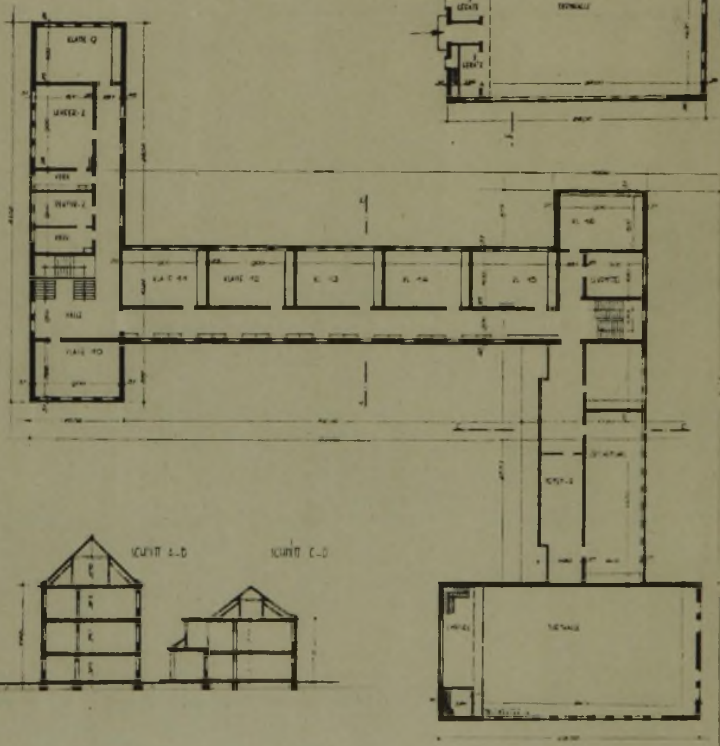
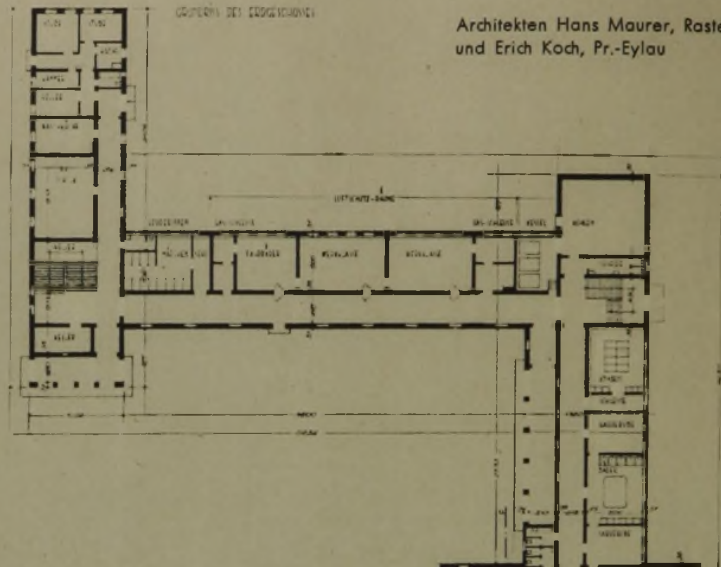
Architekten Erich Göttingen und Hugo Locke, Königsberg

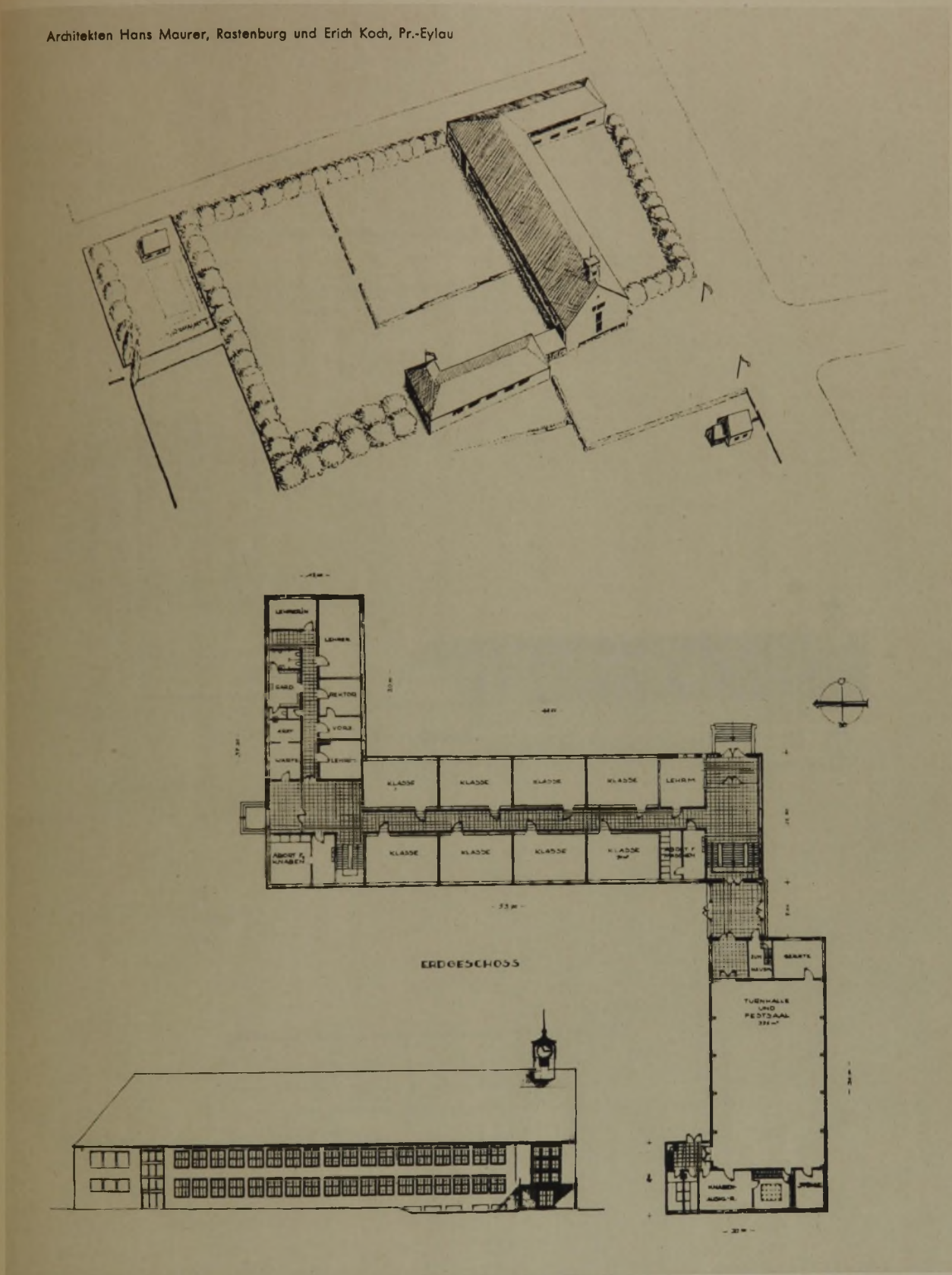


Dritter Preis. Architekten Hans Maurer, Rastenburg und Erich Koch, Pr.-Eylau

CONTENTS OF THE DESIGN

Architekten Hans Maurer, Rastenburg
und Erich Koch, Pr.-Eylau



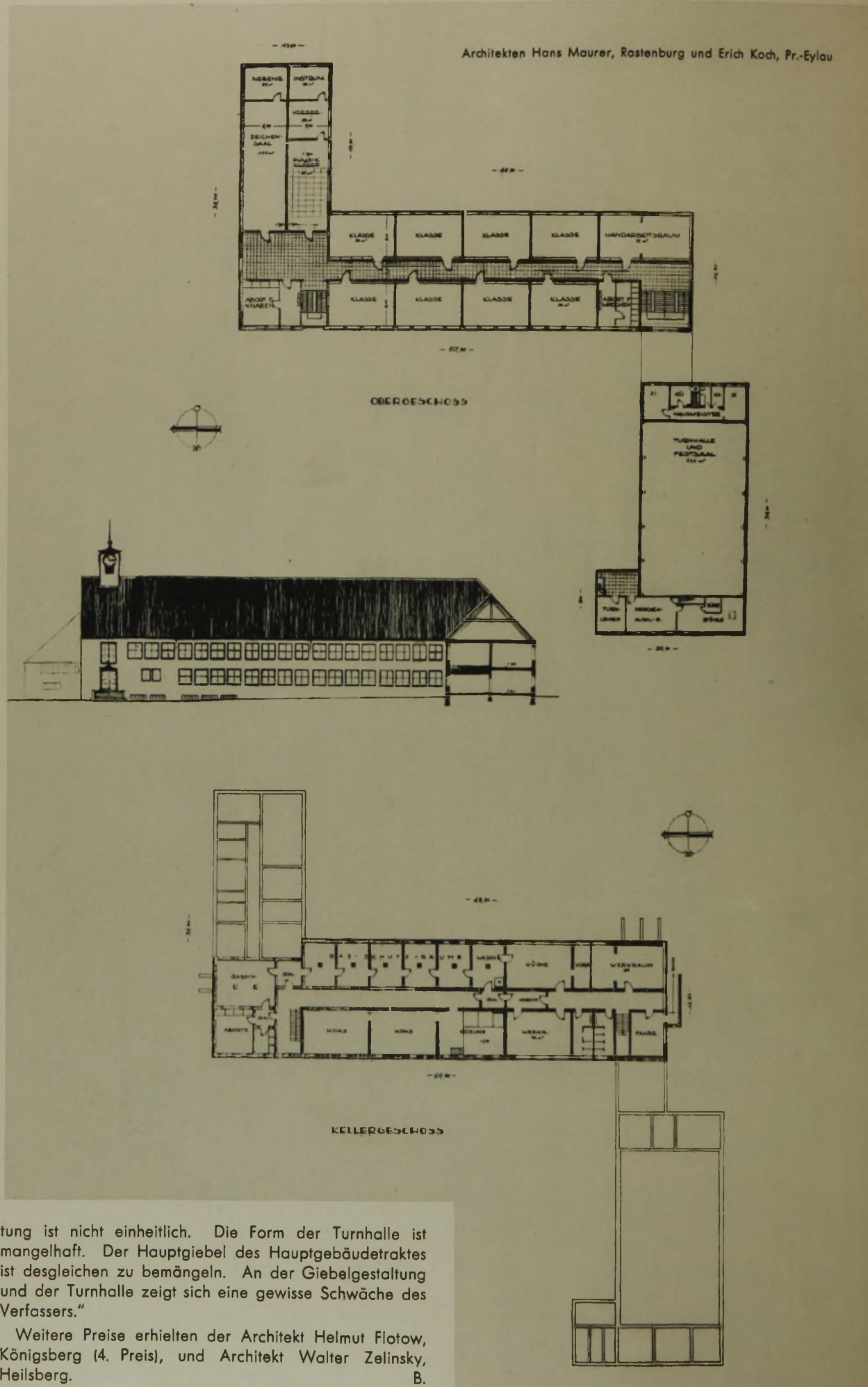


stoßenden Flure in eine Haupthalle ist sehr gut und gibt dem Ganzen von vornherein eine eindeutig klare Ausrichtung. Die architektonische Haltung wird besonders gelobt."

2. Entwurf Göttgen und Locke: „Das Projekt erhält gegenüber Projekt Nr. 25 Vorzüge, die sich auch in der Preissumme auswirkten. Er ist der einzige, der neben dem 1. Preis die städtebauliche Lösung sowie die städtebauliche Einfügung der Schulbaumasse bis zu Ende überlegt hat. Einzelheiten der Gestaltung der Baumasse sind

— im städtebaulichen Bilde gesehen — nicht glücklich. Der Grundriß ist klar und übersichtlich, wenn auch der Eingang von Norden eng ist und eine räumliche Gestaltung vermissen läßt. Eingänge in die Südhalle und die Treppenhalle von Südwesten sind gut. Der Gesamteindruck ist gut und verrät eine sichere Hand."

3. Entwurf Maurer und Koch: „Der Grundriß ist klar und städtebaulich richtig in der Örtlichkeit angelegt. Die beiden Treppenhallen sind gut belichtet und geben dem Grundriß eine klare Übersichtlichkeit. Die äußere Gestal-



tion ist nicht einheitlich. Die Form der Turnhalle ist mangelhaft. Der Hauptgiebel des Hauptgebüudetraktes ist desgleichen zu bemängeln. An der Giebelgestaltung und der Turnhalle zeigt sich eine gewisse Schwäche des Verfassers."

Weitere Preise erhielten der Architekt Helmut Flotow, Königsberg (4. Preis), und Architekt Walter Zelinsky, Heilsberg. B.

Der Recklinghäuser Städtebauwettbewerb

Stadtbaudirektor Meusel
Recklinghausen

Um Vorschläge für die Bebauung und die städtebauliche Gestaltung des Rathausgeländes (siehe Übersichtsplan) zu bekommen, hatte die Recklinghäuser Stadtverwaltung einen Wettbewerb unter allen selbständigen Kammerarchitekten des Ruhrkohlenbezirks ausgeschrieben. Anlaß gaben Baugesuche über Errichtung von Wohngebäuden im Straßenzug des Kaiserwalls, westlich des Rathauses, die, um ein städtebaulich einheitliches

gen, die dieser Wettbewerb als Stoff für die weitere Bearbeitung des Bebauungsplanes lieferte. In der Wettbewerbsausschreibung waren bestimmte Zeichnungen vorgeschrieben. Zur Begutachtung lagen 23 Entwürfe vor, von denen im ersten Rundgang 7 ausschieden. Im zweiten Rundgang schieden weitere 6 aus, so daß noch 10 Entwürfe in engerer Wahl verblieben. Nach einer gründlichen, eingehenden Besichtigung dieser letzten Entwürfe konnte einem der 1. Preis, einem der 2. Preis und den nächstfolgenden drei besten je ein Ankauf zuerkannt werden. Im Folgenden veröffentlichen wir die Gutachten des Preisgerichts:

Erster Preis: Architekt Josef Wentzler

Der Hauptentwurf A erweitert den Adolf-Hitler-Platz längs des Kaiserwalls nach Westen zu einem unregelmäßigen, aber sehr wohl abgewogenen Platz, an dessen Südseite sich neben dem Rathausgebäude ein weiter Durchblick auf die Rathausanlagen öffnet. Die Bebauung der Ostseite des Adolf-Hitler-Platzes ist in glücklicher Weise an das Rathaus herangeführt. Der zwischen dem Adolf-Hitler-Platz und der Herner Straße verbleibende Teil des Kaiserwalls wird durch eine viergeschossige Bebauung mit einem Laubengang wirksam hergestellt. Hinter diesem Baukörper ist eine kleine Straße mit Durchblick vom Adolf-Hitler-Platz auf die Gustav-Adolf-Kirche und umgekehrt mit einem zweiten Durchblick von der Herner Straße auf das schräggestellte, unregelmäßig gestaltete Rathaus und insbesondere auf dessen Hauptgiebel an der Nordostecke durchgeführt, was eine ganz ausgezeichnete Belebung des Stadtbildes verspricht. Ebenso zu loben ist die Wandelweg-Verbindung von der Herner Straße bis zu den Rathausanlagen, die völlige Erhaltung der Rathausanlagen und die zwanglose Einführung der Straße im Erlbruch in den Adolf-Hitler-Platz. Der langgestreckte und leicht gebogene Adolf-Hitler-Platz wird vom Schnittpunkt der Herner Straße mit dem Kaiserwall eine wesentliche Bereicherung des Ortsbildes er-

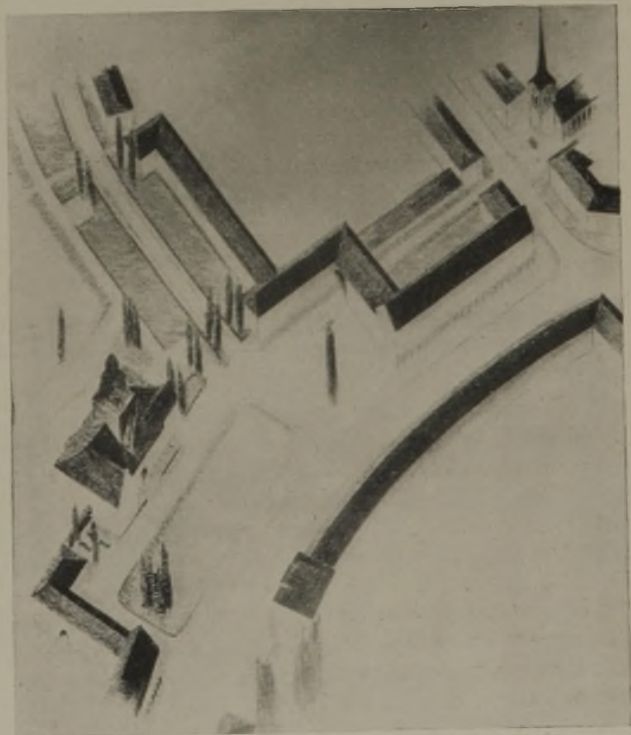


1 Die Lage des Wettbewerbsgeländes südlich vom Stadtkern. (Bei allen abgebildeten Plänen ist Norden unten.)

Bild zu gewährleisten, die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das gesamte Rathausgelände notwendig machten.

Diese fesselnde Aufgabe ist im wesentlichen mit folgenden Worten der Wettbewerbsausschreibung umrissen: Im Interesse der Erhaltung eines guten Stadtbildes und einer einheitlichen Bebauung soll für die Aufstellung eines Bebauungsplanes des Geländes zwischen Adolf-Hitler-Platz, Bahnlinie Wanne—Münster, am Erlenkamp, Herner Straße und Kaiserwall ein Ideenwettbewerb ausgeschrieben werden. Besonders bemerkt wird, daß die bereits im Baustufenplan erfolgte Einstufung des Geländes den sich aus dem Wettbewerb ergebenden städtebaulichen Erfordernissen entsprechend umgestuft bzw. ihnen angepaßt werden soll. Für den westlichen Straßenteil des Kaiserwalls ist die Lösung einer Bebauung ohne Rücksicht auf das vorhandene Wohnhaus durchzuführen.

Die Beteiligung an dem Wettbewerb war zufriedenstellend. 25 Lösungen der schwierigen Aufgabe wurden versucht. Die Stadtplanungsstelle hat nun die Aufgabe, nach dieser Ausweitung des Blickfeldes die besten Lösungen zu finden und sie bei der Aufstellung des endgültigen Bebauungsplanes zu verwerten. Die Richtigkeit und den Erfolg des eingeschlagenen Weges, vor Inangriffnahme der Gesamtbebauungsplanung für das fragliche Gelände die freie Architektenschaft heranzuziehen, bestätigt eine Reihe von guten Anregungen und Vorschlä-



2 Erster Preis: Architekt Josef Wentzler, Dortmund



3 **Zweiter Preis:** Architekten Ganteführer u. Hannes, Redlinghausen



4 **Erster Ankauf:** Architekt August Wittmann, Dortmund

geben, weil das Rathaus bewußt in die Platzwandung eingliedert und als weitere Überraschung der Einblick in die

Grünfläche erfolgt. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht ist die Entwicklung der Hauptbaukörper in nordsüdlicher Richtung ungewöhnlich günstig, weil eine geschlossene und mehrgeschossige Bebauung in dieser Form städtebaulich unbedenklich ist. Die Abwandlung B ist in der Platzgestaltung der Lösung A wesentlich unterlegen.

Zweiter Preis: Architekten Ganteführer und Hannes

Dieser Entwurf geht von einer unregelmäßigen Ausbildung des Adolf-Hitler-Platzes vor dem Rathaus aus und schafft eine sehr schöne Verbindung der Rathausanlage zur Herner Straße. Die beiden Straßen im Erlbruch und Auf dem Graben fängt der Verfasser mit Wendepunkten ab, ohne sie durchzuführen. Er schafft damit eine ungestörte und schöne Verbindung der Rathausanlagen mit dem Adolf-Hitler-Platz. An der Ostseite des Rathauses hat der Verfasser einen kleinen Parkplatz vorgesehen, der für das vorhandene Bedürfnis vermutlich zu klein sein wird. Der kleine Aufmarschplatz hinter dem Rathaus benutzt eine Rasenfläche, schränkt aber voraussichtlich die Wirkung der Rathausanlagen etwas ein, hätte also gut entbehrt werden können. Lobend zu erwähnen ist die Verbindung des Altstadtkernes mit den Rathausanlagen. Als besonders glücklich wird der Pergolaabschluß an der Westseite des Adolf-Hitler-Platzes bezeichnet werden müssen. Sie schließt den Blick in den vorhandenen Wohnhausblock, ohne den Zusammenhang der vorhandenen Grünanlage zu zerstören. Das Schaubild läßt erkennen, daß das Rathaus etwas vereinzelt steht. Eine einseitige Anlehnung nach Osten an die Platzwandung hätte der Platzgestaltung eine gewisse Steigerung gegeben.

Erster Ankauf: Architekt Wittmann

Der Entwurf sieht einen langgestreckten Platz zwischen Herner Straße und Adolf-Hitler-Platz längs des Kaiserwallen vor und gliedert bewußt das Rathaus in die Platzwandung ein. Er stellt ferner eine neue Verbindung der Rathausanlagen mit der Herner Straße her, verzichtet aber zugunsten der Platzbildung auf einen anderen Zusammenhang der Rathausanlagen mit dem Adolf-Hitler-Platz. Die Ausgestaltung des großen Platzes als Parkplatz und Aufmarschplatz ist im Entwurf nicht näher erläutert. Als gewisser Mangel muß die geschlossene Bebauung an der neu anzulegenden Straße und an den Rathausanlagen empfunden werden. Zu loben ist die geschickte Einordnung des Rathauses als eines unregelmäßigen Gebäudes, das in der Blickrichtung von der Herner Straße aus günstig hervorgehoben wird.

Wirtschaftsumschau

Berliner Sparkasse und Stadtbank

Der Verwaltungsrat der Sparkasse der Stadt Berlin und der Berliner Stadtbank befaßte sich in einer Sitzung mit dem Jahresabschluß und Geschäftsbericht für 1934 und der gegenwärtigen Lage beider Anstalten. Aus dem Geschäftsbericht der Sparkasse für 1934 ergibt sich, daß die Spareinlagen um rund 41 Millionen Mark stiegen. Es ist bemerkenswert, daß diese Beträge nicht gehortete Beträge sind, wie dies im Jahre 1933 vorwiegend der Fall war, sondern, wie dies aus den niedrigen Einzeleinzahlungen zu ersehen ist, vorwiegend aus dem Einkommen der Sparer geflossen sind. Der Spareinlagenzuwachs wurde den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend vorwiegend in flüssigen Werten angelegt, die

30 vH des Bestandes ausmachen sollen. Trotzdem hat die Sparkasse Baulustigen und zuverlässigen Sparer 695 Hypotheken im Betrage von 4,7 Millionen Mark für die Errichtung von Eigenheimen zur Verfügung gestellt. Die Durchschnittshöhe einer Hypothek betrug etwa 6900 Mark.

In der Zeit vom 1. Januar bis 31. August 1935 sind die Spareinlagen weiter erheblich gestiegen, und zwar um 38 Millionen auf 496 Millionen Mark. Das Hypothekengeschäft ist weiter ausgedehnt worden. Es wurden in diesen acht Monaten 637 Hypotheken im Betrage von 4,4 Millionen Mark bereitgestellt.

Die Berliner Stadtbank hat im Jahre 1934 einen Kreditorenzuwachs von 58,6 Millionen Mark auf

169,2 Millionen Mark aufzuweisen. Sie hat ihre Kreditgewährung an Berliner Handwerker und Kleingewerbetreibende in verstärktem Maße fortgesetzt. Im verfloßenen Jahre sind rund 19 000 Kredite im Betrage von 14 Millionen Mark bereitgestellt worden gegenüber rund 10 000 Krediten mit 6,3 Millionen Mark im Jahre 1933.

Im Jahre 1935 hat die Berliner Stadtbank einen weiteren Kreditoren- und Kontenzuwachs zu verzeichnen. Bis zum 31. August 1935 sind die Kreditoren um 46 Millionen Mark auf 215 Millionen Mark angewachsen. Insgesamt wurden 12 000 Kredite überwiegend in kleineren Abschnitten im Betrage von 12,5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Infolge des steigenden Geschäftsumfanges wurden im Jahre 1934 bei beiden Anstalten insgesamt 355 Kräfte neu eingestellt.

Hundertjahrfeier einer Bank

Am 15. Oktober vollendet die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank in München das 100. Jahr ihres Bestehens. Die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, ursprünglich eine reine Kreditbank im damaligen Sinne, die später aber auch das Hypotheken-, Leibrenten-, Lebensversicherungs- und ähnliche Geschäfte betrieb und sogar ein Notenrecht besaß, auf das sie erst 1875 verzichtete, erhielt 1864 nach einer Umbildung die Genehmigung zur Ausgabe von Pfandbriefen und stellt damit eine der wenigen in Deutschland noch vorhandenen gemischten Hypothekenbanken dar.

Deutsche Ansiedlungsbank

Aus dem Geschäftsbericht für 1934 ist der Aufschwung der Siedlungstätigkeit zu ersehen. Die Bank, die bekanntlich als Siedlungsträgerin für das ganze Reich zugelassen ist, hat 1934 rund 32 000 Morgen der Besiedlung zugeführt. Es wurden im ganzen 352 Neubauernstellen mit

Männer vom Bau



Professor Hermann Jansen, der bekannte Städtebauer und Lehrer an der Technischen Hochschule Berlin, wurde, wie wir bereits mitteilten, wegen Erreichen der Altersgrenze von seinen Amtspflichten entbunden

8,02 Hektar geschaffen. Die Aussichten für das Geschäftsjahr 1935 werden als zufriedenstellend bezeichnet. Es ist gelungen, bisher eine Fläche von rund 27 000 Morgen zu erwerben.

Schnittholzpreise

Die Preise für Schnittholz hielten sich, laut „Wirtschaft und Statistik“, im zweiten Vierteljahr 1935 im allgemeinen auf dem im ersten Vierteljahr verzeichneten Stand. Vereinzelt Abschwächungen waren festzustellen für Fichtenschnittware in Süddeutschland und in den Verbrauchsgewandenen (Mittel- und Westdeutschland) sowohl beim Absatz der Sägewerke an Händler wie beim Verkauf an Verbraucher. Für das östlich der Elbe gelegene Gebiet lagen die Preise im zweiten Vierteljahr infolge der erlassenen Anordnung des Preisüberwachungskommissars im Durchschnitt niedriger als zu Beginn des Jahres.

Plattenindustrie

Die Erzeugerverbände planen für 1936 eine Neuregelung der Nachlaßsätze. Hierzu ist mitzuteilen, daß es sich bei den bisher bekanntgewordenen Sätzen noch nicht um endgültige Abmachungen handelt. R.

Neue Bücher

Lieferung übernimmt die Deutsche Bauzeitung, Abteilung Buchvertrieb, Berlin SW 19

Holzvergütung durch Kunstharzverleimung. Von Dr.-Ing. P. Brenner VDI und Dr.-Ing. O. Kraemer VDI. (Mitteilungsheft 12.) 40 S. mit Abb. 1935. Fachausschuß für Holzfragen beim VDI, Berlin NW 7. 2,— RM. (151)

Beide Verfasser haben an der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt die Möglichkeiten für die Vergütung des Holzes zu einem hochwertigen Baustoff untersucht. Die Ergebnisse dieser Versuche, sowie die bisherigen praktischen Erfahrungen sind in der vorliegenden Veröffentlichung zusammengefaßt. — Durch Unterteilen von Holz in einzelne Lagen und nachträgliche Verleimung mittels Kunstharzbindemitteln wird zweierlei erreicht: Die Erhöhung der Festigkeit längs und quer zur Faser, insbesondere Angleichung der Druckfestigkeit an die Zugfestigkeit und die Erhöhung der Feuchtigkeitsbeständigkeit. Beide Eigenschaften sind für die Verwendung des Holzes als Baustoff von größter Wichtigkeit. — Im ersten Teil der Veröffentlichung werden die Festigkeitsfragen von Dr.-Ing. Brenner eingehend behandelt. Ferner werden die Eigenschaften von vergütetem Holz betreffend Feuchtigkeitsaufnahme, Quellen und Schwinden, sowie die Verbindungsfähigkeit besprochen. Der zweite Teil, von Dr.-Ing. Kraemer bearbeitet, befaßt sich mit der Kunstharzverleimung selbst. Die Kunstharzbindemittel sind den Kaseinleimen überlegen, hinsichtlich Faserfestigkeit, Wasseraufnahme und Schimmelfestigkeit. E.

Wegweiser für Siedlungswillige. Von Ernst Diekelmann. Mit einigen Abbildungen. 82 Seiten. Band 32 der Bücherei des Praktischen Wegweisers. Verlag Scherl, Berlin SW 68. Steifgeheftet 1,20 RM. (164)

Unter Siedeln stellen sich viele, die sich noch nicht eingehend damit beschäftigt haben, Dinge vor, die mit einem wirklichen Siedeln nur wenig zu tun haben. Das Siedeln ist im allgemeinen nicht, wie in der ersten Nachkriegszeit, vorwiegend eine Wohnungsangelegenheit — denn in dieser Beziehung würde man mit der Mietskaserne schneller zum Ziel kommen — es sind vielmehr, wenigstens am Anfang des Siedelns, meist Lebensbedingungen zu erfüllen, die hart und nüchtern sind. Die Wege zur Erwerbung der verschiedenen großen Siedlerstellen, wie auch die Gestaltung der Wirtschaftsheimstätten, der Obst-, Gemüse-, Futteranbauflächen und letzten Endes auch der Kleintierhaltung und Betriebsformen sind immer verschieden. Aus diesem Grunde soll das vorliegende Heft den Siedlungswilligen, zunächst mit dem Wesen des Siedelns vertraut machen. — Der Architekt ist der bauliche Gestalter des Siedelns. Die Planung der Nebenerwerbs- und der Vollerwerbssiedlung erfordert Kenntnis der Siedlerbedürfnisse, die der Architekt für die Lösung derartiger Aufgaben besitzen muß, und die er zum Teil mit Hilfe dieser kleinen Schrift erwerben kann. Schneider

Mitteilungen des Reichsverbandes der Deutschen Wasserwirtschaft EV, Deutscher Wasserwirtschafts- und Wasserkraft-Verband, Berlin-Halensee. Nr. 36: Niederschlag und Abfluß in Württemberg und Hohenzollern im Anschluß an Hermann Keller und Karl Fischer. Von Baurat G. Troßbach, Stuttgart. 28 Seiten. Nur durch die Verbandsgeschäftsstelle zu beziehen. 1 RM. (139)

Über die durchschnittlichen Niederschlagsmengen Deutschlands bestehen langfristige Messungen. Der Anteil ihrer Verdunstung, ihres oberflächlichen und unterirdischen Ablaufs ist jedgch noch wenig erforscht. Die vorliegende Untersuchung weist die großen Unterschiede der Wasserverdunstung in Württemberg nach und gibt ein Bild der großen unterirdischen Grundwasserströme, die aus den Einflußgebieten der Donau in die Einflußgebiete von Neckar und Oberrhein abfließen. Die gleichen Untersuchungen werden für ganz Deutschland auszubauen sein, um genaue Grundlagen für die Nutzung der beschränkten Wasservorräte zu Wasserversorgungs- und Kraftgewinnungszwecken zu geben. Martin Pfannschmidt

Die polnischen Städte. Grundlagen und Ergebnisse ihrer städtebaulichen Entwicklung. Von Oberbaurat Dr. Kurt Hager. Mit 51 Abbildungen und 1 Übersichtsskizze. (Heft 43 der Stuttgarter Geographischen Studien, Reihe A, herausgegeben und redigiert von Prof. Dr. E. Wunderlich.) Verlag Fleischhauer & Spohn, Stuttgart. 6 RM.

Der Verfasser des Buches hatte im Weltkriege als Leiter der „Landeskundlichen Kommission beim Generalgouvernement in Warschau“ Gelegenheit, sich eingehend mit der Entwicklung der polnischen Städte zu befassen. Für das heute so nötige Sichkennenlernen ist das mit Fleiß und Sachkenntnis geschriebene Werkchen sehr zu begrüßen. Knapp und klar wird viel und Wichtiges gesagt, was dem, der Polen flüchtig sah, unverständlich bleiben mußte. Die Gestaltung von Haus und Stadt wird aus der Eigenart des polnischen Volkes, unter Berücksichtigung der Einflüsse deutscher Siedler, Handwerker und Fürsten und russischer Bedrücker trefflich erklärt. Verständlich wird auch die Auswirkung des Judentums (in den Städten damals 33 bis 90 vH der Bevölkerung) auf das lebendige Stadtbild. Aber daß diese Nomaden

und Händler Einfluß auf Formung von Haus und Stadt gehabt hätten, konnten wir in zweijährigem Aufenthalt in Polen nicht feststellen. So wenig wie bei uns ist dort eine „jüdische Kunst“ zu finden, auch nicht in ihren Synagogen und Gemeindehäusern. Was man sah, war fremdes Werk oder schlechte Nachahmung, es mochte Haus, Leuchter, Kanne oder Krone sein. Selten spürte man die liebevoll schaffende Hand, eher die gedrückten Preise, immer aber die mangelnde Pflege. Jüdische Handwerker gab es — das Gott erbarm! Woher auch sollte diesen unstäten Händlern Kunst erblühen? Das Bauerntum ist der Urquell alles Volkstums, seine ursprüngliche bodenverwurzelte Kunst wird zur Volkskunst und diese zur Mutter aller echten Künste. So in Polen, wo das polnische Volk — unter Druck — sich rein erhielt, und so bei allen Völkern, die für die Reinhaltung ihres Volkstums Sorge tragen, die verhüten, daß Fremd- und Halbblütige mit ihrer Zwitterkunst oder „Artistik“ die geformte Lebenshaltung ihres Volkstums zur Fratze machen können. Henker

Siedlungsgeographische Untersuchungen in Niederandalusien. Von Privatdozent Dr. Georg Niemeier, Münster i. W. 229 S., 19 Abbildungen, 24 Pläne, 8 Karten, 33 Lichtbilder. 1935. Friederichsen, de Gruyter & Co. GmbH, Hamburg. 15 RM.

Der Gegenstand des vorliegenden Werkes liegt zwar für den Architekten etwas abseits von den ihn täglich beschäftigenden Fragen, aber die gründliche siedlungsgeographische Untersuchung eines begrenzten Landesteiles, sei er auch im allgemeinen wenig bekannt, zeigt doch den Weg für die Behandlung solcher Gegenstände. Das Zeitalter des nuschönheitlichen Städtebaus ist dem des funktionellen Städtebaus gewichen, und diese Änderung der Planungsgrundlagen bedingt eine genaue Kenntnis des zu bearbeitenden Landesteiles in bezug auf Bodengestalt, Bevölkerungsbewegung, Kulturentwicklung, Gewerbe, Industrie, Handel, Verkehr und alle andern, oft schwer erfaßbaren Umstände, die das Gesamtbild einer Landschaft bestimmen. Aus diesem Grunde muß auf dieses Werk hingewiesen werden, besonders da die Zahl derartig ausführlicher Untersuchungen leider noch äußerst gering ist. Schneider

DBZ-Kurzaufgabe 12 Auflösung

Keiner der Einsender hat klar aussprechen können, worin der Gestaltungsmangel dieses Raumes besteht, obwohl schon der Kamin selbst, die auf ihm tickende Uhr, die Petroleumlampe, die Flasche, die Aufstellung der



Schürgeräte, wie überhaupt die ganze Zusammenstellung altromantische Schwärmerei verrät.

Die beste Beurteilung gibt immerhin Architekt Theodor Sohm, Bochum (1. Preis): „Der etwas derbe Kamin befindet sich in wenig zu ihm passender Gesellschaft: Der — wie zufällig — im Vordergrund stehende Stuhl, die über diesem schwebende Öllampe, der die Fensternische flau verdeckende Vorhang (und manche der kleinen Zutaten) stören den durch den Kamin behaglich erscheinenden Raumeindruck. Auch sind die küchenschrankartigen Büchergestelle zu schwächlich. Man möchte gerne um den einladenden Kamin sitzen und plaudern oder lesen können. Dazu aber bedarf es ausreichender Sitzgelegenheit (wie Bänke, Truhen oder behäbige Stühle und Sessel), bedarf es ferner einer zum Lesen ausreichendes Licht spendenden Lichtquelle und Fensterfreiheit. Dadurch dürfte dieser Teil des Raumes jene „Gemütlichkeit“ ausstrahlen, die wir an Kaminplätzen schätzen.“

Den 2. Preis zuerkannten wir Regierungsbauführer M. Erich Müller, Leipzig.